

Politische Berichte

PROLETARIAT ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

Die Nato und Jugoslawien

Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln



Von der Anti-IWF-Aktion



Zurück aus Prag – S. 7

Studenten

Internationale
Aktions- und

Mobilisierungswoche

S. 12

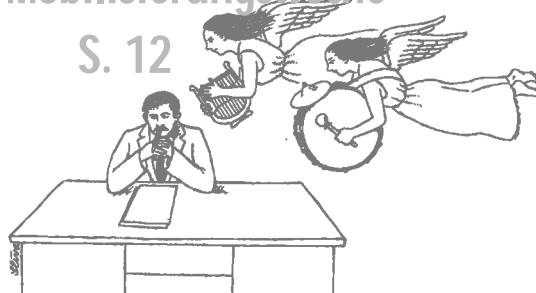


Gewerkschaftliches

Arbeiten

ohne Ende

S. 14

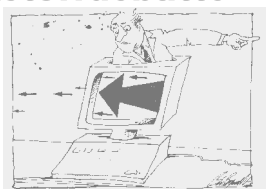


10 Jahre nach dem Anschluss

Winfried Wolf zur:

Kraftstoffdebatte

S. 21



PDS –

Ostpartei –

Westpartei

S. 20



Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHEINT VIERZEHTÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Christiane Schneider; GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040/43188820, Fax: 040/43188821. E-mail: gnn-hhsh@otelo-online.de

Auslandsberichterstattung: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, E-mail: volhar@web.de

Regionales / Gewerkschaftliches West ...: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11/624701, Fax: 0711/ 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de ... **und Ost** Achim Wahl; GNN-Verlag, Postfach 200639, 13516 Berlin, Tel. 030 / 2400 94 68, Fax: 030 / 24 00 94 69

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Alfred Küstler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 0711 62 15 32. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11/62 47 01, Fax: 0711/ 62 15 32. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,50 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 45,50 DM (Förderabo 71,50 DM), ein Jahresabonnement kostet 91 DM (Förderabo 143 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 80,60 DM, Sozialabo: 65 DM. Ausland: + 13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

- zum Abonnieren - zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

o 4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.

o Halb- o Jahresabo (45,50 DM / 91 DM je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (71,50 DM / 143 DM).

o Halb- o Jahres-Sozialabo (32,50 DM / 65 DM).

o Halb- o Jahresabo neue Länder (40,30 DM / 80,60 DM)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BIZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsetzen an: GNN-Verlag, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart

EXPANSION. Nach einer BDI-Verbands-umfrage erwartet die „deutsche Industrie“ für 2000 eine Exportsteigerung von 14% (1999: + 3%). Damit würden die Exporte schneller wachsen als die Auslandsmärkte, der Anteil deutscher Unternehmen am Welthandel – mit 10% in diesem Jahr ohnehin gewaltig – noch wachsen. Auch der Kapitalexport setzen den „Aufwärtstrend“, so die Pressemitteilung des BDI, beschleunigt fort. Dabei verlangt „die Wirtschaft“ vollen staatlichen Einsatz zur Unterstützung ihrer Interessen: Bei einem Treffen mit Bundeswirtschaftsminister Müller machten Vertreter der Konzerne – vertreten waren ABB, Thyssen, Hochtief, Siemens, MAN sowie die Verbände BDI und DIHT – die „noch stärkere politische Unterstützung deutscher Projektinteressen im Ausland“ zum Hauptthema, Exportbürgschaften und Investitionsgarantien dürften auch zukünftig nur von wirtschaftlichen Erwägungen geleitet werden. Eine Ausweitung der Finanzierungsgarantien sei ebenso notwendig wie die Ausweitung der „Schwerpunktländer“ deutscher Interessen über die bisherigen asiatischen und lateinamerikanischen Länder hinaus.

EXPORTFÖRDERUNG. Die „Unterstützung deutscher Projektinteressen“ durch die Bundesregierung trägt im Iran bereits Früchte. Jüngst erhöhte diese die Hermes-Exportbürgschaften von 200 Mio. auf 1 Mrd. DM. Müller sicherte für einzelne Großprojekte Sonderregeln zu und die Bundesregierung drang mit Erfolg darauf, dass der Iran eine „Willkürsteuer“ auf deutsche Firmenrepräsentanten abschafft und ein Investitionsschutzabkommen ab 2001 in Kraft setzt. Eine 60-köpfige Wirtschaftsdelegation mit BDI-Chef Henkel an der Spitze besuchte jetzt mit Wirtschaftsminister Müller den Iran. Dabei ging es u.a. um folgende Großprojekte, um die deutsche Konzerne mit hohen Erfolgsaussichten ringen bzw. die sie schon gesichert haben: Holzmann will ein Staudammprojekt (1 Mrd. DM), Veba mit Shell die Ölfelder am Kaspischen Meer erschließen, Babcock-Borsig plant 12 Kraftwerke (2 Mrd. \$), Thyssen hat bereits die Ausschreibung für eine Kunststoff-Anlage gewonnen, die Emdener Werft Cassens baut vier Tankschiffe für den Iran; weiter geht es um die Abwassersanierung, die Modernisierung des Telefonnetzes, den Ausbau der Verkehrswege und der Stromversorgung, den Bau von S-Bahnen und Metros usw.usf. Doch BDI-Chef Henkel blieb, laut „Welt“, unzufrieden: „Das sei ja alles schön und gut mit der flankierenden Unterstützung der Wirtschaft durch die Politik im Ausland ... aber viel wichtiger sei doch, dass der Herr Minister dafür Sorge, dass zu Hause die Hindernisse weggeräumt würden, die einem vernünftigen Wirtschaften entgegenstünden.“ (5.10.)

ENTSCHÄRFUNG. Prompt verlangte Müller „zu Hause“, die Novellierung des

Betriebsverfassungsgesetzes auf den Prüfstand zu stellen. Herr Henkel diktier-te die Anforderungen: keine „Verschärfung“ der Mitbestimmung, im Gegenteil: die Betriebe müssten endlich die Chance bekommen, organisatorische Abläufe, Entlohnung und Neueinstellungen nach Gutdünken zu gestalten. (PE BDI, 2.10.)

KINDERARMUT. Nach der neuen Armutsstudie des DGB und des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes leben 14% aller Kinder in der BRD in Armut, fast 30% aller Alleinerziehendenhaushalte und gut 20% aller Paarhaushalte mit 3 und mehr Kindern. Der Paritätische kritisiert die Sozialpolitik der Bundesregierung und fordert u.a. einen Kindergeldzuschlag für einkommensschwache Familien.

UMKEHR. Anlässlich des 10. Jahrestages des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG) setzten sich die jugendpolitischen SprecherInnen der PDS-Fraktionen in Landtagen und Bundestag mit der fehlenden Umsetzung gesetzlicher Vorgaben aus dem KJHG auseinander. Sie kritisieren den Abbau von Einrichtungen, Angeboten, Maßnahmen und Personal. Sie fordern die Umkehr hin zu den Zielsetzungen des Gesetzes – weg vom eingreifenden Staat hin zu einem Modell der Jugendhilfe, das junge Menschen und Familien unterstützt – und einen verstärkten Kampf gegen die Armut. Neben einer verbesserten Partizipation für Kinder und Jugendliche auf kommunaler Ebene fordern sie eigenständige Rechte für Kinder und Jugendliche auf Hilfen zur Erziehung, verbunden mit einem eigenen Aufenthaltsbestimmungsrecht ab zwölf. Außerdem den Erhalt der Zweigliedrigkeit der Jugendämter auf lokaler und überregionaler Ebene, Planungssicherheit für die Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit, die Förderung innovativer Ansätze in Jugendarbeit und Jugendhilfe, den Ausbau der politischen Bildung, der Mädchen- und der emanzipatorischen Jugenarbeit sowie Förderung antirassistischer Initiativen und interkultureller Jugendarbeit.

AUSGRENZUNG. Der Sozialverband VdK kritisiert, dass mobilitätsbehinderte und alte Menschen – d.h. 17 Mio. Rentner und 6,5 Mio. schwer behinderte Menschen, fast ein Drittel der Bevölkerung – mit der von der Bundesregierung beabsichtigten Entfernungspauschale von einem Ausgleich der gestiegenen Benzin- und Heizölpreise ausgegrenzt bleiben. Gerade alte und schwer behinderte Menschen hielten sich weitaus häufiger in ihrer Wohnung auf und hätten dadurch erhöhte Energiekosten; mobilitätsbehinderte Bürger seien auf ihr Auto angewiesen, da oft barrierefreie Verkehrsmittel fehlen. Es dränge sich der Eindruck auf, dass die Regierung Rentner, Arbeitslose und behinderte Menschen einfach auf den drastisch gestiegenen Mineralölpreisen sitzen lassen wolle.

Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln

Was ist in Jugoslawien geschehen?

Die Präsidentschaftswahlen finden unter nahezu beispiellosem ausländischen Druck statt. Die Nato stellt das Ergebnis der Wahlen im Vorhinein fest: Der haushohe Sieg der Opposition ist sicher, bei jedem anderen Ergebnis sind die Wahlen gefälscht. Sie beschwört den vom wankenden Milosevic angeblich vorbereiteten Bürgerkrieg und droht unverhüllt mit Krieg, lockt zugleich mit EU-Geldern und Aufhebung der Sanktionen, wenn Milosevic stürzt. Nach den Wahlen gibt die staatliche Wahlkommission bekannt, dass Milosevic verloren, der Oppositionskandidat Kostunica jedoch nicht die absolute Mehrheit erreicht hat. Die Stichwahl wird für den 8. Oktober anberaumt. Das aus 18 Parteien bestehende Oppositionsbündnis DOS reklamiert den Wahlsieg im 1. Durchgang und erklärt den Boykott der Stichwahl. Es ruft das Verfassungsgericht an, das gibt dem Einspruch statt und annulliert die Wahlen teilweise. Das bedeutet: Wiederholung des ersten Wahlganges. Doch das Oppositionsbündnis antwortet mit einem Ultimatum: Anerkennung des Wahlsiegers Kostunica und Rücktritt von Milosevic bis zum nächsten Tag, Donnerstag, 15.00 Uhr. Für diesen Tag mobilisiert die Opposition mit aller Kraft Zehn-, vielleicht Hunderttausende aus ganz Serbien nach Belgrad. „Noch vor Einbruch der Dunkelheit bricht sich die Energie der Massen in Belgrad Bahn“, so die Schlagzeile, mit der die FAZ am Freitag die Ereignisse interpretiert: Das Par-

lament wird gestürmt und teilweise in Brand gesetzt, ebenso der staatliche Fernsehsender. Die jugoslawische Polizei versucht nur einen kurzen Moment, die Gebäude zu verteidigen, zieht sich dann zurück. Nach einem kurzen Gespräch mit dem russischen Außenminister erklärt Milosevic seinen Rücktritt. Kostunica wird Präsident.

„Der Wille des Volkes“, fasst der *Spiegel* am 9.10. zusammen. Der „Wille des Volkes“? Unbestreitbar wollte eine Mehrheit der jugoslawischen Bevölkerung einen Machtwechsel. Wie groß diese Mehrheit ist, lässt sich schwerlich schätzen. Immerhin hat eine große Minderheit Milosevic gewählt, und in den gleichzeitig stattfindenden Parlamentswahlen hat die Sozialistische Partei Milosevic' aufgrund des Wahlboykotts, zu dem der dortige Ministerpräsident in Montenegro aufgerufen hatte, sogar die Mehrheit der Sitze errungen. Trotzdem lässt sich anhand der spärlich bekannten bzw. nach und nach bekannt werdenden Fakten feststellen, dass „das Volk“, die Bevölkerung Jugoslawiens in ihrer übergroßen Mehrheit zu keinem Zeitpunkt Herr der Geschehnisse war noch den „Willen“ wirklich kannte, zu dessen Vollstreckung sie eingespannt wurde.

Wer dann? Wessen Wille diktierte das Geschehen?

Laut *Spiegel* (9.10.) wurde das oppositionelle Wahlbündnis am 17. Dezember letzten Jahres im Berliner Interconti-Hotel am Rande des G-8-Treffens unter Führung von Fischer und Albright ge-

schmiedet und in der Folgezeit mit Zehntausenden Dollar und Deutschmark ausgerüstet. Allein die USA setzten der *Washington Post* zufolge 77 Mio. \$ (170 Mio. DM) ein, um die Oppositionsparteien mit Computern, Handys, kompletten Büroeinrichtungen etc. auszurüsten (*SZ*, 7./8.10.). Die Bundesregierung investierte nach eigenen Angaben ebenfalls viele Millionen: Ca. 17 Mio. DM gelangten von Konten des Außenministeriums unter dem Titel „Städtepartnerschaften“ in die Taschen oppositioneller Parteien. Weitere 4 Millionen stiftete das Bundespresseamt – „sehr, sehr heimlich“, wird Hombach im *Spiegel* zitiert – über die Deutsche Welle, das ZDF und den Bayerischen Rundfunk für die Ausrüstung oppositioneller Medien und die Ausrichtung von Journalisten, die zu „Kurzausbildungen und Hospitationen nach Deutschland eingeladen wurden“. Das sind alles nur die öffentlich lancierten Zahlen. Sie reichen, deutlich zu machen, dass das Oppositionsbündnis umfassend von ausländischer Finanzierung, ausländischer Unterstützung ist. Wer mag glauben, dass dieses Bündnis irgendwie unabhängig agieren könnte?

Warum hat es sich weder auf die Stichwahl noch auf die Neuwahl eingelassen, um den – nach Lage der Dinge doch wahrscheinlichen – Machtwechsel auf demokratische Weise herbeizuführen? Seine Strategie war nicht auf demokratischen Machtwechsel ausgerichtet, sondern auf Putsch im Schatten von Wahlen und unter dem Vorwand von Wahlbetrug, auf gewaltsamen Sturz, der die Zerschlagung der staatlichen Institutionen Jugoslawiens einleitet. In dieser Strategie war der Bürgerkrieg vorbereitet und einkalkuliert.

So berichtet die *Welt* am 9.10. von einem „Netzwerk bewaffneter Milizen und Militärs“ unter Führung eines ehemaligen Armeechefs, das die Opposition seit geraumer Zeit aufbaute, um sich für den Umsturz und gegebenenfalls den Bürgerkrieg zu rüsten. Auch der Umsturz selbst, nur scheinbar „spontan, friedlich und unbewaffnet“, sei „vermutlich von



Geht die Strategie auf? Krisenstab am Donnerstag vergangener Woche im deutschen Außenministerium. Sie geht auf! Die NZZ schreibt zum „Sturm auf das Parlament“: „Der Sturmtrupp bestand hauptsächlich aus Fußballfans, den berühmt-berüchtigten ‚Grobari‘ (Totengräber) von Partizan Belgrad. Sie hatten im Laufe des letzten Jahres jedes größere Turnier in eine Kundgebung gegen Milosevic verwandelt.“



Anfang an der entschlossene Versuch eines gewaltsamen Umsturzes“ gewesen, schreibt das Blatt und schildert Details der militärischen Planung und Eroberung der Macht. Das bestätigt auch die *Neue Zürcher Zeitung* (9.10.). Sie weiß u.a. zu berichten, dass der Marsch auf Belgrad an jenem Donnerstag, der vor allem von der Provinzstadt Cacak ausging, seit zwei Monaten „geplant und geübt“ worden war und dass der Zug „ausgesehen (habe) wie eine Armeedivision auf dem Marsch“, bestehend aus „geschultem Personal“, Fallschirmjägern, Polizisten, privaten Sicherheitsdiensten ... Und noch etwas berichtet die NZZ: In kürzester Zeit nach der Erstürmung des Parlaments waren alle Computer weggeschafft, „und damit auch die streng geheimen Daten der Wahlkommission. Dafür waren noch Kisten mit Stimmzetteln vorhanden. Sogleich begannen die Demonstranten, diese aus dem Fenster zu werfen.“ Das tatsächliche Wahlergebnis dürfte definitiv nicht mehr feststellbar, die Behauptung des Wahlsieges der Opposition im ersten Wahlgang nicht mehr widerlegbar sein.

„Die deutschen Unternehmen stehen in den Startlöchern“

Die Sieger dieses von langer Hand und mit viel Geld vorbereiteten Umsturzes stehen fest: Dem westlichen Kapital ergibt sich die Möglichkeit, die Schaltstellen der jugoslawischen Wirtschaft in die Hand zu bekommen, imperialistische Eigentumsverhältnisse zu implantieren, die Lebensweise der Bevölkerung umzukrempeln – also das Kriegsziel des Aggressionskrieges durch Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln zu erreichen.

„Die deutschen Unternehmen stehen in den Startlöchern“, zitiert die FAZ (7.10.) den „Ostausschuss der deutschen Wirtschaft“: „Sobald die Lage stabil ist und die Sanktionen aufgehoben sind, gehen deutsche Firmen als erste wieder nach Jugoslawien.“ Der „Balkan-Experte“ des Deutschen Industrie- und Handelstages ergänzt im *Handelsblatt* (9.10.): „Insgesamt schätzen wir das mögliche Auftragsvolumen für die deutsche Wirtschaft auf 3 bis 4 Mrd. DM.“ Die Nato hat die Infrastruktur Jugoslawiens gezielt zerstört – jetzt stürzen sich die deutschen Konzerne vor allem auf die großen Infrastrukturprojekte im Kraftwerksbereich, dem Verkehrswesen und im Wassersektor.

Die Bundesregierung ist in diesem Sinne bereits aktiv geworden. Noch am Freitag stellte sie eine erste Rate von 1 Mio. DM bereit für die Räumung der Donau bei Novi Sad. Die Donauschiffahrtswege sollen vorrangig wiederhergestellt werden, um die Expansion nach Südosteuropa voranzutreiben. Außerdem bereitet die Regierung eine Wirtschaftsdelegation nach Jugoslawien vor. Die EU hob am 9. Oktober das Ölembargo gegen Jugoslawien und das Flugver-

bot auf. Sie winkt mit 2,3 Mrd. Euro bis 2006, Gelder, die im Rahmen des „Stabilitätspaketes“ für „ein demokratisches Serbien“ bereitgestellt sind.



„Keine Schonung“, grölt die deutsche Presse (*Kölnische Rundschau*). *Milosevic muss weg. Zeit und Spiegel beschwören das Ende Ceaucescus: Er wurde nach einem kurzen Prozess mit seiner Frau erschossen. Die USA setzten auf Milosevic 5 Mio. \$ aus.*

Den Preis dafür nennt die FAZ (9.10.) in der Schlagzeile im Wirtschaftsteil: „EU: Serbien muss seine marktfeindliche Politik aufgeben.“

Auch dafür bedienen sich die Imperialisten neben äußerem Druck eines Instrumentes im Inneren Jugoslawiens: der G 17, eine Gruppe „renommierter Ökonomen“, die, so schreibt das *Handelsblatt* (9.10.), Ausarbeitungen „im Auftrag der EU“ macht und schon kurz nach Erstürmung des Parlaments die Kontrolle über die Zollverwaltung und den Devisensektor der Nationalbank übernommen hat. Diese Gruppe entwickelte seit Ende der Nato-Angriffe im Juni 1999 „eine Blaupause für Serbien nach Milosevic“ und publizierte sie, wie sich das „Handelsblatt“ über solche „Merkwürdigkeiten des Milosevic-Systems“ wundert, „auch noch per Internet“. Im August stellte die Gruppe einen durch und durch neoliberalen „Plan zur Stabilisierung der Wirtschaft“ nach der Machtübernahme vor. Die 1,2 Mrd. \$ Finanzierungsbedarf aus dem Ausland, die die G 17 für Jugoslawien errechnet, seien ein lösbares Pro-



blem, wenn die neue Regierung die marktfeindliche Politik aufgeben, den Handel liberalisiere, sich dem internationalen Wettbewerb öffne und das unattraktive institutionelle Umfeld ändere, so die Kernaussagen. Der „freie Westen“ hat gezahlt, der „freie Westen“ schafft an.

Das Recht des Stärkeren wird implantiert

Noch aber sind nicht alle Hindernisse für die „friedliche“ Eroberung Jugoslawiens aus dem Weg geräumt. Im Parlament hat die Sozialistische Partei die Mehrheit.

Dann muss, damit die neue jugoslawische Regierung gebildet und der designierte Ministerpräsident, ein Mitglied der G17, inthronisiert werden kann, ein weiterer Verfassungsbruch begangen werden: Da Präsident Kostunica aus Serbien kommt, steht die Funktion des Ministerpräsidenten einem Vertreter aus Montenegro zu, d.h. konkret der Sozialistischen Volkspartei Montenegros. Dann muss die Regierung Serbiens, die zur Zeit von der Sozialistischen Partei gestellt wird, ersetzt werden, wie es das österreichische Außenministerium für die EU forderte: „Die Machtsituation in Serbien muss in Einklang gebracht werden mit der Situation in Jugoslawien.“ Schließlich muss Milosevic endgültig beseitigt werden. Nicht wegen der Verbrechen, denen ihn der „freie Westen“ bezichtigt. Sondern wegen der Verbrechen, die er nicht begangen hat: Er hat den Bürgerkrieg, den die imperialistischen Drahtzieher des Oppositionsbündnisses kalt einkalkuliert und vorbereitet haben, vermieden. Kann sich die Opposition gegen die Kapitulation Jugoslawiens vor der Nato und dem Weltmarkt neu formieren, Perspektiven für eine Entwicklung Jugoslawiens erarbeiten? Die Vermeidung des Bürgerkrieges lässt einen Funken Hoffnung. Die Beseitigung Milosevic hat, die in den letzten Wochen erneut entfesselte Hetzpropaganda spricht Bände, für die Eroberer Jugoslawiens ungefähr die Bedeutung, die die Verbrennung der Ketzer für die Heilige römisch-katholische Kirche vor erst wenigen Jahrhunderten hatte.

Nicht nur Jugoslawien wird die schlimmen Auswirkungen des aus den imperialistischen Metropolen inszenierten und gesteuerten Umsturzes erfahren. Wenn die Normen zerbrechen, die der Gewalt und der Einmischung des Stärkeren Grenzen setzen, waltet das Recht des Stärkeren. Die Nato-Länder haben mit ihrer mit allen Mitteln verfolgten Politik der Eroberung Jugoslawiens diese Normen in gravierendem Ausmaß unterminiert. Die zivilisierten Gesellschaften des Westens haben einen großen Schritt in Richtung Barbarei getan.

SCC

Gegenwehr organisieren!

Die zunehmenden Aktivitäten gegen Rechts-extremismus, gegen Rassismus und fremdenfeindliche Gewalt in den letzten Monaten und die Diskussion um ein Verbotungsverfahren gegen die NPD haben die braune Szene in diesem Land anscheinend nicht beeindruckt. Im Gegenteil: Die neofaschistischen Gewalttaten gegen Migrantinnen und Migranten, gegen Flüchtlinge und Obdachlose gehen weiter. Spätestens seit dem 3. Oktober, dem „Tag der deutschen Einheit“, ist nun eine Welle antisemitischer Aktionen hinzugekommen.

Bereits am Abend des 1. Oktober hatten zwei nur mit Springerstiefeln bekleidete Skinheads in die im Berliner Bezirk Prenzlauer Berg gelegene große jüdische Synagoge eindringen wollen. Zwei Polizeibeamte ließen sich von den beiden Skinheads einfach beiseite drängen, erst einem Angestellten der Gemeinde gelang es, die Skinheads mit Pfefferspray zu stoppen. Während der Vorsitzende der jüdischen Gemeinde Berlin, Andreas Nachama, von einem „Akt des Vandalismus“ sprach, ermittelte die Berliner Polizei noch Tage später nur wegen „Widerstand gegen Vollzugsbeamte“ und behauptete, es gebe „keinen extremistischen Hintergrund“.

In der Nacht zum 3. Oktober folgte dann der Anschlag auf die Düsseldorfer Synagoge. Unbekannte Täter versuchten gegen Mitternacht, eine Glastür in die Synagoge zu zerstören. Als ihnen das misslang, warfen sie zwei Molotowcocktails. Eine Anwohnerin alarmierte die Polizei, kletterte über die Absperrung vor der Synagoge und trat das Feuer aus. Kurz vor dem feigen Anschlag hatte die Düsseldorfer Polizei einen Antrag der jüdischen Gemeinde, die Synagoge ähnlich wie in Berlin und Frankfurt rund um die Uhr zu bewachen, mit dem Hinweis auf Personalmangel erneut abgelehnt.

Auch an anderen Orten begingen Neonazisten den „Tag der Einheit“ auf ihre Weise. Der Glockenturm des KZ Buchenwald auf dem Ettersberg bei Weimar wurde mit drei Hakenkreuzen verschmiert. In Ottmarsbocholt (Münsterland) und im ostwestfälischen Hiddenhausen nahm die Polizei Neonazis fest, die lautstark antisemitische und ausländerfeindliche Parolen grölten. In Schwäbisch Hall wurden elf Grabsteine mit rund 40 cm großen Hakenkreuzen in roter Farbe verschmiert. In Hannover erhielten mehrere Mitglieder der Jüdischen Gemeinde Drohanrufe von Neonazis. Eine der betroffenen Familien erstattete bei der Polizei Strafanzeige.

Bei fast allen Aktionen sind die Täter bisher unbekannt. In Buchenwald verlaute nach den Schmierereien, die Mitarbeiter der Gedenkstätte des KZs, in dem

in den Jahren 1937 bis 1945 mindestens 56.000 Menschen umgebracht wurden, müssten sich schon seit Jahren mit gezielten Provokationen, Schmierereien und Zerstörungen auseinandersetzen.

In Düsseldorf hat inzwischen der Generalbundesanwalt die Ermittlungen übernommen, zur Ergreifung der Täter ist eine Belohnung von 25.000 DM ausgesetzt.

Dennoch gingen die antisemitischen Aktionen weiter. Am Eingangsschild des jüdischen Friedhofs in Potsdam schmiereten Unbekannte am Abend des 4. Oktober einen etwa 15 Zentimeter großen Galgen über den eingravierten Davidsstern. Einen Tag später warfen unbekannte Täter nachts zwischen zwei und drei Uhr Pflastersteine gegen die jüdische Synagoge im Berliner Stadtteil Kreuzberg, zerstörten zwei Scheiben und beschierten einen Gedenkstein mit Farbe.

Bezeichnend für den laschen Umgang der Justiz mit Antisemitismus ist eine weitere Nachricht, ebenfalls vom „Tag der Einheit“. Das Amtsgericht Weinheim teilt mit, es habe das Verfahren gegen den britischen Holocaust-Leugner David Irving wegen Verjährung eingestellt. Irving hatte im Herbst 1990 auf einer NPD-Veranstaltung in Weinheim den Massenmord der Nazis an den Juden geleugnet. Der damalige NPD-Chef Deckert erhielt dafür zwei Jahre und drei Monate Gefängnis. Ein Auslieferungsantrag gegen David Irving an Großbritannien sei im letzten Jahr erfolglos geblieben, so das Amtsgericht Weinheim, nun bleibe nur die Einstellung des Verfahrens.

Erst vor wenigen Monaten, am 20. April, hatten drei Neonazis in Erfurt zwei Molotowcocktails gegen die dortige Synagoge geworfen, im Juli waren die beiden Haupttäter zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt worden.

Ende Juli war dann in Düsseldorf auf einer S-Bahn-Haltestelle eine Handgranate explodiert, zehn Juden aus der ehemaligen Sowjetunion waren damals zum Teil lebensgefährlich verletzt worden, ein ungeborenes Kind wurde getötet. Die Täter sind bis heute nicht gefasst.

Auch der Bombenanschlag auf das

Grab des früheren Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, Heinz Galinski, im Jahre 1998 in Berlin sowie die Schändung von 103 Grabsteinen auf einem jüdischen Friedhof im Oktober 1999 ebenfalls in Berlin sind bis heute nicht aufgeklärt.

Die jüdischen Gemeinden in Deutschland reagierten auf die neue Welle antisemitischer Gewalt geschockt und empört. Zwischen 90.000 und 125.000 Menschen jüdischen Glaubens leben heute in der BRD. Vor allem durch die Zuwanderung aus Osteuropa ist die jüdische Gemeinschaft in den letzten Jahren gewachsen. 1992 hatten die jüdischen Gemeinden nur 40.000 Mitglieder gehabt, heute haben die 83 Gemeinden 85.000 Mitglieder.

Die Wellen antisemitischer Gewalt kämen in immer kürzeren Abständen, seien immer länger und intensiver. Dies wirke gerade auf die ältere Generation, die Überlebenden des Holocaust, „retraumatisierend“, klagt der Vorsitzende der jüdischen Gemeinde Frankfurt, Salomon Köln. Die Verzweiflung und Erbitterung in den Gemeinden sei sehr groß, so der Vorsitzende der jüdischen Gemeinde Berlin, Andreas Nachama. Zwar sei das Problembewusstsein in der deutschen Gesellschaft nach seinem Eindruck seit dem Sommer gewachsen. „Aber Problembewusstsein haben und etwas Wirksames tun, das sind zwei verschiedene Dinge.“

Noch schärfer äußerte sich der Präsident des Zentralrats der Juden, Paul Spiegel. Wenn bei einer Demonstration in Düsseldorf gegen den Anschlag auf die jüdische Synagoge nur 700 Menschen teilnahmen, gegen die Hundeverordnung aber Zehntausende demonstrierten, „dann ist die Frage erlaubt und sogar wahrscheinlich berechtigt, ob es richtig war und ist, jüdische Gemeinden in Deutschland wieder aufzubauen“, erklärte er. Zugleich kritisierte er den sächsischen Ministerpräsidenten Biedenkopf. Er begreife nicht, wieso dieser in seiner Rede am „Tag der Einheit“ in Dresden kein Wort des Bedauerns zu dem Düsseldorfer Anschlag geäußert habe.

Tatsächlich hat die herrschende Politik, haben CDU/CSU, FDP und SPD seit



Über 8000 Menschen demonstrieren am 7. Oktober in Berlin für die Schließung der NPD-Zentrale in Berlin-Köpenick und gegen alltäglichen und staatlichen Rassismus. Ein breites Bündnis hatte aufgerufen. Am Abschiebeknast Grünau setzte die Polizei Wasserwerfer und Knüppel ein und nahm über 40 Menschen vorläufig fest.

Jahren rechtsextremistische und antisemitische Gewalt bagatellisiert. 297 antisemitische Straftaten hat die Bundesregierung auf Anfrage der PDS-Abgeordneten Ulla Jelpke im ersten Halbjahr dieses Jahres erfasst. Die wirkliche Zahl solcher Straftaten dürfte mehr als doppelt so hoch liegen. Das Moses-Mendelssohn-Zentrum in Potsdam beispielsweise hat kürzlich in einer Übersicht über „Geschändete jüdische Friedhöfe in Deutschland 1945 bis 1999“ insgesamt 1.000 solcher Schändungen in den letzten 55 Jahren festgestellt. Die amtlichen Zahlen über solche Straftaten lagen im gleichen Zeitraum weniger als halb so hoch.

Seit 1990, so das Zentrum, hat die Zahl solcher Schändungen jüdischer Friedhöfe stark zugenommen. Wurden in den 70er-Jahren im Jahr durchschnittlich 19,1 jüdische Friedhöfe Opfer solcher Angriffe, in den 80er-Jahren „nur“ 16,7 Friedhöfe im Jahr, so sind seither im Jahresdurchschnitt 40,2 jüdische Friedhöfe Opfer solcher Angriffe. „991 Einzeltäter? Antisemitische Straftaten nehmen zu - Behörden stapeln tief“, kritisierte im März 1999 die „Allgemeine Jüdische Wochenzeitung“ den Umgang deutscher Behörden, von Polizei und Justiz mit antisemitischen Straftaten.

Diese notorische behördliche Verharm-

losung von Antisemitismus geht einher mit erschreckenden Umfragezahlen. 76 Prozent der männlichen und 57 Prozent der weiblichen befragten Brandenburger Jugendlichen konnten sich im Sommer dieses Jahres in einer Umfrage nicht vorstellen, mit einem Juden befreundet zu sein (Berliner Zeitung, 8.9.2000). Anfang der 90er-Jahre hatte eine EMNID-Umfrage ergeben, dass 20 Prozent der Deutschen keine jüdischen Nachbarn wollen. 1998 ergab eine weitere EMNID-Umfrage, dass 30 Prozent der Deutschen Juden als „geld- und habgierig“ einstuft.

Bei einer ZDF-Umfrage während des Walser-Bubis-Streits befürworteten 64% der Befragten den Satz, dass ein Schlussstrich unter die deutsche Vergangenheit gezogen werden müsse. Beim Streit um die Entschädigung von NS-Zwangsarbeiterinnen und -Zwangsarbeiter wurden diese antisemitischen Ressentiments dann gezielt mobilisiert, um die Entschädigungsforderungen an die deutsche Industrie zu begrenzen.

Ob diese Politik der Bagatellisierung und Verharmlosung von Rechtsextremismus und Antisemitismus nun wirklich korrigiert wird, ist offen. Mitte Oktober treffen sich die Innenminister von Bund und Ländern, um über das diskutierte Verbotverfahren gegen die NPD zu beraten.

Spätestens Mitte November soll hier eine Entscheidung fallen. Die Stimmen für ein solches Verbot nehmen zu. Bereits vorher, am 25. Oktober, wird der Innenausschuss des Bundestages eine Anhörung über Rechtsextremismus, seine Ursachen und Wege zu seiner Bekämpfung beraten. Die PDS-Bundestagsfraktion hat dazu einen Antrag eingebracht, der zu „Handeln gegen Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit“ aufruft und eine Vielzahl von Maßnahmen vorschlägt. (Bundestags-Drucksache 14/4145)

Entscheidend aber wird es sein, ob es gelingt, endlich eine breite gesellschaftliche Gegenwehr gegen rechtsextremistische und antisemitische Hetze aufzubauen. Ohne eine solche breite Gegenwehr wird diese Politik nicht geächtet werden. Ohne eine solche gesellschaftliche Ächtung aber werden auch Verbote wie das diskutierte NPD-Verbot wirkungslos bleiben.

Am 9. November, d.h. in knapp vier Wochen, jährt sich wieder der Jahrestag der Reichspogromnacht. „Eine Beteiligung aller demokratischen Kräfte an den Aktionen an diesem Jahrestag wäre ein gutes Signal“, hat die PDS-Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke am 4. Oktober erklärt.

rül

Teuerungsrate, Lohntarife

Einmal geschlossene Verträge sind einzuhalten - außer die Bedingungen, die für den Vertragsabschluss wesentlich waren, haben sich geändert. Die Inflationsrate wird für September nach Auskunft des Statistischen Bundesamtes vermutlich auf 2,4% ansteigen; Ursache sind die drastisch gestiegenen Preise für Heizöl und Kraftstoffe. Damit wird der seit Jahren erkennbare Trend von niedrigen Teuerungsraten (unter zwei, teilweise sogar unter ein Prozent) durch-

brochen. Selbst wenn sich jetzt die Ölpreise stabilisieren, wird die Teuerungsrate ziemlich wahrscheinlich weiter hoch bleiben oder sogar noch ansteigen. Der Grund ist die Nachwirkung der gestiegenen Ölpreise; z.B. waren die Nahrungsmittel in den letzten Jahren im Schnitt sogar billiger geworden; jetzt müssen die Gärtner und Bauern nachziehen. Die Zinsen für geliehenes Geld sind mehrfach angehoben worden; das wird Mieten treiben.

Mit einer Preissteigerungsrate von deutlich über zwei Prozent ist aber die Grundlage für die meist auf zwei Jahre abgeschlossenen Tarifverträge in Frage gestellt; sie waren unter der Annahme

einer Teuerung von kleiner, höchstens gleich zwei Prozent auf eine solch lange Zeit terminiert worden.

Die Nettoeinkommen sind in diesem Jahr kräftig gestiegen. Aber mit der gestiegenen Teuerung wird die Freude über Steuersenkung, Kindergelderhöhung, mehr Beschäftigung und weniger Arbeitslosigkeit kräftig gedämpft. Für jüngere Leute, die hohen Wohnungsmieten nicht so leicht ausweichen können, die auch noch hohe Ausgaben für Mobilität haben, kann sich beim Nettoeinkommen nach Abzug der Inflation durchaus schon bald ein Minus einstellen.

alk

Inflation, Tariflöhne und Nettoeinkommen 1995 bis 2000

Jahr	Preisindex für private Haushalte / Änderung z. Vorjahr in %				Tariflöhne Index / %	Nettolohnsumme Index / %	Masseneinkommen Index / %
	Lebenshaltung	Nahrungsmittel	Dienstleistungen	Wohnungsmieten			
1995	100,0 + 1,4	100,0 - 0,1	100,0 -	100,0 -	100,0 + 4,6	100,0 + 0,8	100,0 + 2,1
1996	101,4 + 1,4	100,9 + 0,9	101,6 + 1,6	103,4 + 3,4	102,4 + 2,4	99,5 - 0,5	102,3 + 2,3
1997	103,3 + 1,9	102,1 + 1,2	104,1 + 2,5	106,3 + 2,8	103,9 + 1,5	97,8 - 1,7	102,1 - 0,2
1998	104,3 + 1,0	103,0 + 0,9	106,1 + 1,9	108,0 + 1,6	105,8 + 1,8	99,7 + 2,0	104,1 + 1,9
1999	104,9 + 0,6	101,9 - 1,1	106,4 + 0,3	109,2 + 1,1	108,7 + 2,7	102,3 + 2,6	107,0 + 2,9
2000							
1. VJ	106,4 + 1,9	101,3 - 1,7	107,4 + 1,1	110,3 + 1,3	110,4 + 1,6	106,7 + 4,3	111,1 + 3,8
2. VJ	106,9 + 1,9	102,2 - 0,7	107,9 + 1,6	110,6 + 1,4	112,6 + 2,0	110,0 + 3,1	114,3 + 3,0
Sept.:	109,5 + 2,4 (voraussichtlich)						

Index: Berechnungsbasis ist 1995 = 100; die zweite Ziffer gibt jeweils die Änderung gegenüber dem Vorjahr an. Die Nettolöhne sind vom Statistischen Bundesamt errechnet aus den insgesamt an Inländer gezahlten Bruttolöhnen/gehältern minus Sozialbeiträgen und Lohnsteuern. Die Masseneinkommen sind Nettolöhne/gehälter zuzüglich empfangene monetäre Sozialleistungen. Die Tariflöhne/gehälter sind auf Monatsbasis. Quelle: Monatsbericht September 2000 der Deutschen Bundesbank; eigene Berechnungen.

Zurück aus Prag

„Na, heil zurück aus Prag?“ begrüßten mich letzte Woche meine Freunde. „Muss ja schwer was los gewesen sein. Schöne Vorstellung, dass die hohen Herren vom IWF und von der Weltbank sich ganz still durch die Hintertür davonschleichen mussten...“ Eine schöne Vorstellung, ja. Und ich finde es wichtig, dass sich viele Menschen wieder so etwas vorstellen können. Und dass es eine Bewegung gibt, die sich den scheinbar allmächtigen Institutionen mit einem hörbaren Nein entgegstellt.

Eine gelungene Aktion also, von der man befriedigt zum Schauplatz des nächsten globalen Events eilen kann?

Wenn wir eine realistische Bilanz ziehen wollen, scheint ein genauerer Blick auch auf die problematischen Seiten unumgänglich.

Der Schauplatz der Ereignisse

Als sich die tschechische Regierung 1993 um die Herbsttagung 2000 von IWF und Weltbank bewarb und als sie 1996 den Zuschlag erhielt, gab es noch keine Anti-IWF-Bewegung. Ministerpräsident Klaus (ODS) versprach sich von dem Ereignis eine Erhöhung des politischen Prestiges und wirtschaftlichen Nutzen: Profilierung Prags als Kongressort und entsprechende Zunahme gut betuchter Hotelgäste sowie die Chance, ausländische Investoren leichter für den Standort Tschechien interessieren zu können.

Nach dem Scheitern der WTO-Tagung in Seattle im November 1999 und den Protesten gegen verschiedene weitere imperialistische Konferenzen wie z.B. die Frühjahrstagung von IWF und Weltbank in Washington im April 2000 breitete sich in Prag Panik aus. Würde sich im Falle ähnlicher Proteste die tschechische Polizei, deren Angehörige zu einem überdurchschnittlichen Teil kommunistisch wählen, als zuverlässig erweisen? Würde sie mit ausreichender Entschlossenheit gegen Demonstranten vorgehen, deren Ziele vielen durchaus sympathisch sein könnten? Würde sich die Bevölkerung, zutiefst enttäuscht von der Entwicklung seit 1989, dem Protest anschließen? Und wie würden sich die „Sicherheitskräfte“ dann verhalten?

Eine geradezu hysterische Kampagne begann, um die Bevölkerung in Angst und Schrecken vor einer angeblich bevorstehenden Invasion von Kriminellen zu versetzen und den Polizisten ebenfalls einzubläuen, dass sie sich einer Horde skrupelloser Gewaltverbrecher gegenübersehen würden. Die Polizeiführung flog in die USA, um dort Erfahrungen im Umgang mit Demonstranten zu sammeln, und in Prag führte das amerikanische FBI Crash-Kurse für die Polizei

durch. Die Kampagne blieb nicht fruchtlos.

Als es schließlich so weit war, flüchteten die Einwohner Prags, so weit möglich, aus der Stadt. Die Zahl der einheimischen Teilnehmer an den Anti-IWF-Aktivitäten blieb gering, obwohl laut Umfragen ein großer Teil der Bevölkerung den imperialistischen Institutionen mit Skepsis und Ablehnung begegnet. Die meisten erwarteten in ängstlicher Spannung, was die angekündigte Invasion bringen mochte.

Dreierlei IWF-Gegner

Die IWF/Weltbank-Gegner, die in Prag aktiv wurden, können grob in drei Abteilungen gegliedert werden.

- Einige wenige Gruppen und Einzelpersonen hofften, die IWF/Weltbank-Oberen durch Gespräche zu einer menschenfreundlicheren Politik bewegen zu können. Sie nahmen an dem „Dialog“ mit anschließendem gemeinsamen Spaziergang durch die Burggärten teil, zu dem Präsident Havel eingeladen hatte. Mit ihnen will ich mich hier nicht weiter befassen.

- Die Initiative „Stopp IWF und Weltbank“ organisierte eine Demonstration am 23. September, d.h. einige Tage vor dem offiziellen Beginn des IWF-Gipfels. Die Hauptlosungen ihres Aufrufs waren: „Annullierung der Schulden der Dritten Welt und der osteuropäischen Länder! Errichtung einer demokratisch kontrollierten internationalen Entwicklungsbank, die die notwendigen Mittel für Erziehungswesen, Gesundheitsversorgung, Infrastruktur und Wohnungsbau zur Verfügung stellt! Schluss mit der Abhängigkeit von den multinationalen Monopolen! Besteuerung der Multis und der Transaktionen des spekulativen Kapitals!“ Der Aufruf war unterzeichnet vom Kommunistischen Jugendverband (KSM), der Sozialistischen Arbeiterorganisation (SOP), dem linken Gewerkschaftsverband OSCMS und etlichen Abgeordneten der Kommunistischen Partei Böhmens und Mährens (KSCM).

Die Demonstration dieser Initiative wurde in traditioneller Form mit einer Anfangskundgebung auf dem Tesnov-Platz, einem Marsch durch die Stadt und einer kurzen Abschlusskundgebung auf dem Friedensplatz durchgeführt. Zu Zwischenfällen kam es nicht. Die Organisatoren bemühten sich darum, ihre Forderungen publik zu machen und Unterstützung dafür zu gewinnen. Sie vermieden Konfrontationen, die zu ihrer Isolierung hätten ausgenutzt werden können. An der Demonstration beteiligten sich etwa 2000 Menschen, darunter viele Italiener, Griechen, Franzosen, Türken, Briten, Deutsche und Menschen anderer Nationalität.

Organisation und Führung der Aktivitäten am 23. September lagen, trotz überwiegend ausländischer Beteiligung, eindeutig in tschechischer Hand. Form und Inhalt entsprachen der Situation der

Linken in der Tschechischen Republik. Bei weitem die größte linke Organisation des Landes ist die KSCM. Mit über 100.000 Mitgliedern und 24 von 200 Parlamentsabgeordneten kann sie sich nicht auf symbolische Akte beschränken, sondern muss am Ort reale Politik machen. Ginge sie mit dem simplen Slogan „Zerschlagt IWF und Weltbank!“ auf die Straße, würde man sie fragen, welche Alternativen sie anzubieten hat. Nicht für die ferne Zukunft, sondern für jetzt. Und ob die Regierung denn lieber bei der Deutschen Bank um Kredite betteln soll, wenn sie für sinnvolle Maßnahmen Geld braucht.

Obwohl die Parolen der Demonstration die Probleme des Landes und die dringenden Bedürfnisse der Bürger aufgriffen, war die Zahl der tschechischen Teilnehmer an der Demonstration klein (schätzungsweise 300 - 500). Darin spiegelt sich einerseits die Tatsache, dass die Anti-IWF-Bewegung in der Tschechischen Republik eben nicht eine aus dem eigenen Land gewachsene Bewegung ist (anders als in Seattle, was einen großen Unterschied macht!). Es mag aber durchaus auch eine Rolle gespielt haben, dass die KSCM sich lange nicht entschließen konnte, ob sie offensiv mobilisieren oder lieber in diesem Zusammenhang so wenig wie möglich in Erscheinung treten



sollte. Denn je mehr sie mit den Protesten identifiziert werden würde, desto einfacher würde es für die Medien sein, ihr alles in die Schuhe zu schieben, was während dieser Protestwoche geschehen würde. Seit etlicher Zeit – besonders seit den guten Umfrageergebnissen –, befürchten Genossen der KSCM sogar eine gezielte Provokation, um eine Hetzkampagne gegen sie zu starten, sie zu isolieren und zu verbieten. Zumindest aber, um ihre Chancen bei den bevorstehenden Senats- und Kommunalwahlen zu verschlechtern. Sollte sie das für eine Bewegung riskieren, die zwar ein richtiges Ziel verfolgt, aber in der eigenen Bevölkerung kaum Rückhalt hat? Sehr spät entschied sich die KSCM für ein offensives Auftreten, und der KSCM-Vorsitzende Miroslav Grebeníček sprach auf der Kundgebung am Tesnov-Platz (Bild). Das Zögern ist verständlich, aber die KSCM begab sich damit auch jeder Chance, stärkeren Einfluss auf die Bewegung zu nehmen.

- Die dritte Abteilung der IWF/Welt-

bank-Gegner war die Initiative gegen ökonomische Globalisierung (INPEG). Diese Initiative wurde im Sommer 1999 in Prag gegründet und beschreibt sich selbst als „lockeres Bündnis verschiedener Umwelt- und Menschenrechtsgruppen, von Gruppen aus dem autonomen/anarchistischen Spektrum sowie weiterer Organisationen und Individuen, die bereit sind, gegen den Gipfel der Weltfinanzoligarchie Widerstand zu leisten“. INPEG rief zu verschiedenen Aktivitäten auf, vor allem zu dem „Globalen Aktionstag“ am 26. September. Statt einer Blockade der Eröffnungsveranstaltung wie bei der WTO-Tagung in Seattle sollte eine Demonstration in Richtung Kongresszentrum und eine Blockade der Zufahrtswege stattfinden, um die Tagungsteilnehmer nach Sitzungsende im Kongresszentrum einzuschließen. INPEG rechnete mit etwa 20.000 Teilnehmern. Einen Plan für deren gemeinsames organisiertes Handeln gab es nicht. Die beteiligten Gruppen sollten sich selbst orientieren und Ideen entwickeln, was sie tun könnten. Prag in ein neues Seattle zu verwandeln war die vorherrschende Wunschvorstellung. Die Unterschiede zwischen Seattle und Prag wurden meiner Beobachtung nach nicht thematisiert.

Der Globale Aktionstag

Am Morgen des 26.9. sammelten sich 7000 bis 10.000 Menschen auf dem Friedensplatz und veranstalteten dort einen mehrstündigen „Karneval“. Optisch dominierten die Tafeln und Transparente trotzkistischer Organisationen mit Parolen wie: „Unsere Welt steht nicht zum Verkauf.“ „Menschen statt Profit“ oder einfach: „Smash IMF! Zerschlagt den IWF!“ Die Leute der italienischen „Ya-basta“-Bewegung („Ya basta – Es reicht“ ist die Parole der Zapatisten) steckten in weißen Schutzanzügen gegen Tränengas und waren rundum mit dicken Schaumgummimatten gepolstert. Vor sich her trugen sie zusammengebundene aufgeblasene Autoschläuche. Viele waren mit Gasmasken ausgerüstet (ein Verbot „passiver Bewaffnung“ wie in Deutschland gibt es in Tschechien nicht). Auffallend auch ein großer Schwarzer Block. Gegen Mittag formierte sich ein Demonstrationzug, in verbotener Richtung, aber darum kümmerte sich keiner. Beim Abmarsch sah ich, wie ein schwarz vermummter Teilnehmer im Schwarzen Block aus einem mit Packpapier umhüllten Paket starke Holzplatten verteilte. Der Zug ging, begleitet von wenigen Polizisten ohne Kampfmontur, zur Nusle-Brücke, an deren anderem Ende sich das Kongresszentrum befand. An der Brücke waren große Schrifttafeln in deutscher und englischer Sprache aufgestellt: „Dies ist eine illegale Demonstration. Wenn Sie sich nicht entfernen, könnte es sein, dass ...“ Auf der Brücke dann voll ausgerüstete Polizei, etliche Wasserwerfer, eine lange Reihe von Polizeifahrzeu-

gen. Es gab ein bisschen Gerangel, ein bisschen Volksfest. Schließlich verliefen sich die meisten Demonstranten.

Später gab es die erwarteten Schlachten (wobei nach Aussagen von Beobachtern auch Polizeiprovokateure eine Rolle spielten). Wasserwerfer und Gasgranaten kamen ausgiebig zum Einsatz. Polizisten, für deren Ausrüstung mit Schild und Helm das Geld nicht gereicht hatte, wurden einem Hagel aus Pflastersteinen ausgesetzt. Die Banker von IWF und Weltbank wurden vorsichtshalber mit der Metro außer Reichweite geschafft. Verschiedene Gruppen zogen durch die Stadt, bauten Barrikaden undzündeten sie an, schmissen Fensterscheiben ein, verwüsteten Banken und McDonald-Niederlassungen, griffen auch Ambulanzen an. Die Polizei erhielt offensichtlich Befehl, jetzt rücksichtslos durchzugreifen, und befolgte diese Anweisung auch. Hunderte wurden eingekerkert, Dutzende (auf beiden Seiten) verletzt. Die Medien bekamen ihre Schreckensbilder, die entsetzten Tschechen sahen in den Abendnachrichten, wie ihre Hauptstadt demoliert wurde, und fanden, dass ihr Innenminister völlig recht gehabt hatte mit seinen Warnungen. Im Fernsehsender NOVA sah ich die Bilder vom Globalen Aktionstag ungeniert vermengt mit Aufnahmen von bekannten kommunistischen Politikern bei der friedlichen Demonstration drei Tage vorher.

„Wo sie sind ...“

Die tschechische Regierung und die Polizeiführung hatten damit, was sie brauchten. INPEG-Sprecher Viktor Piorecky räumt selbst ein: „Wir haben eindeutig an öffentlicher Unterstützung in Tschechien verloren.“ Er findet das aber nicht so schlimm, denn: „In der globalen Öffentlichkeit haben wir dennoch gewonnen, weil wir gezeigt haben, dass Widerstand Wirkung zeigen kann, dass wir den Treffen von undemokratischen Institutionen wie IWF, Weltbank, aber auch der Nato, immer und überall etwas entgegensetzen. Wo sie sind, sind wir auch.“ (Interview im Neuen Deutschland vom 7./8.10.00)

Ich finde eine Bewegung, deren Mitglieder, vorwiegend aus imperialistischen Ländern kommend, sich in ein abhängig gemachtes Land ergießen und es so selbstverständlich finden, dass ihre „Erfolge“ mit einem Rückschlag der Linken vor Ort erkaufte werden, sehr problematisch. Angesichts dessen beweist die KSCM eine sehr solidarische Haltung. Selbstverständlich setzte sie sich für die Freilassung der verhafteten Demonstranten ein und protestierte gegen die Polizeiübergriffe in den Gefängnissen. Die Gewaltakte schaden der Linken, so der Tenor ihrer Stellungnahmen, aber ihnen liegt dieselbe Gegnerschaft gegen die IWF und Weltbank zugrunde, die auch wir teilen.

Renate Hennecke

Stand der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei

Auf dem nächsten EU-Gipfeltreffen im Dezember wird der Fortgang des Beitrittsverfahrens der Türkei beraten werden. Vorliegen wird der „Angleichungsbericht“, den auch EU-Erweiterungskommissar Verheugen mitverantwortet. Der Bericht wird den Stand der Verwirklichung der Beitrittskriterien mit Prioritäten, Zeitplan und Zielen auf allen Feldern enthalten. Dazu gehören politischen Beitrittskriterien einschließlich des Zypern- und Ägäiskonflikts, verfassungsrechtliche Fragen, der Abgleich des türkischen Rechtssystems mit den Regelungen und der Praxis in der EU, die Finanz- und Wirtschaftsverfassung, Kultur-, Bildungs- und Sozialpolitik sowie die Erfüllung der Kopenhagener Kriterien.

EU-Kommissar Verheugen begrüßte im Juli die Fortschritte der Türkei. Bis 2004 wolle die Türkei die Beitrittskriterien erfüllen. Verheugen erklärte, dass die Union dafür die finanziellen Hilfen verdoppele. Für 2000 wird die Zahlung auf 352 Mill. DM erhöht. Diese Summe soll bis 2004 jährlich als „Vorbereitungshilfe“ zur Verfügung stehen. Ebenfalls 2000-2004 sollen jährlich 248 Mill. DM aus dem EU-Hilfsprogramm für die Mittelmeerländer an die Türkei fließen. Bis 2002 kommen jährlich 98 Mill. DM Mittel für die Europastrategie, bis 2006 Gelder aus dem 12,5-Mrd.-DM-Fonds Mittelmeerpartnerschaft hinzu. Letztlich wird die EU-Kommission die Freigabe der gesperrten 880 Mill. aus den Beihilfen für den Beitritt der Türkei zur Zollunion empfehlen.

Verheugen wie auch Außenminister Fischer bescheinigen der Türkei Fortschritte bei den Menschen- und Grundrechten. Die türkische Kommission empfiehlt Parlament und Regierung Dutzende Verfassungsänderungen und die Reform aller Gesetzbücher. Da soll die Mehrheit des Nationalen Sicherheitsrats vom Militär an Regierungsvertreter übergehen. Die 10-Prozent Wahlklausel soll auf 5% gesenkt werden. Die Militärrichter der Staatssicherheitsgerichte wurden mittlerweile gegen Zivilrichter ausgetauscht. Die Todesstrafe soll laut Ecevit 2001 abgeschafft sein, das Antiterrorgesetz und alle Paragraphen bzgl. der Presse- und „Gedankenfreiheit“ sollen überarbeitet, Folterer sollen vor Gericht gestellt werden. Ungeklärt ist, was wird aus den Spezialeinheiten, den Dorfschützern, den Ausnahmezustandsgouverneuren und -verwaltungen.

Die Türkei ist im Europarat das Land

mit der größten Anzahl politischer Gefangener (ca. 46.000 von 71.000 Inhaftierten). Was wird mit ihnen? Soll es eine Amnestie geben, was wird aus dem PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan. Verschiedene EU-Kommissionen kritisieren zu Recht die unhaltbaren Lebensumstände der Gefangenen. Hier soll die Einführung von Gefängnissen nach Stammheimer Modell in der Türkei eine Verbesserung bringen, wie es in einem der letzten Berichte heißt. Diese neuen Knäste entsprächen den „Normen des Europarats“.

Entschieden sperren sich Regierung und Militär gegen die rechtliche und praktische Durchsetzung der Minderheitenrechte, bspw. der völligen Freigabe der kurdischen Sprache. Hier kommt die EU der Türkei immer weiter entgegen. Zwar wird die Kurdenfrage immer auch als Frage des Minderheitenschutzes nach den Kopenhagener Kriterien aufgeworfen, aber im Sprachgebrauch schlägt die EU-Kommission mittlerweile zur Umschreibung der Kurdenfrage die Formulierung „Lösung der Probleme im Südosten“ vor.

Stolz verweisen Volmer und Fischer darauf, dass es die rot-grüne Bundesregierung gewesen sei, die den Beitrittsprozess der Türkei in Gang gebracht habe. Das ist wohl richtig. Damals begrüßten sie den Schritt der PKK, die Kampfhandlungen gegen die Türkei einzustellen und im Rahmen der EU-Beitrittsverhandlungen aktiv für eine Wandlung der Türkei in einen demokratischen Rechtsstaat einzutreten. Aber bezüglich der Behandlung der PKK als „terroristische“ Organisation sind sich die türkischen Machthaber mit der deutschen Regierung einig. Die enge Zusammenarbeit von deutscher und türkischer Polizei und den Geheimdiensten in Fragen „Terrorismus“, „Schwerstkriminalität“ und auf dem Gebiet der Asylverfahren zeugt davon. Zur Frage der Kurden kommt aus Berlin v.a. die Forderung, den staatlichen Zentralismus abzubauen und die kommunalen und regionalen Strukturen in der Türkei gegenüber der Zentralregierung zu stärken. Irgendwelche größeren Maßnahmen gegen die ständigen Einfälle der Türkei in den Nordirak oder die „Säuberungsmaßnahmen“ in den türkisch-kurdischen Provinzen kommen aus Berlin nicht.

Diese Bundesregierung scheut auch vor nichts zurück. Nach dem Koalitionskrach um die Leopardpanzer ist von ihr die Lieferung einer Munitionsfabrik an die Türkei für 90 Mill. DM genehmigt worden. Die Panzerfrage scheint auf Eis, aber wer weiß? Im letzten Jahr erhielt die Türkei laut Bundesminister Müller Rüstungsgüter für 1,9 Mrd. DM aus der BRD. Im nächsten Jahrzehnt soll die türkische Armee mit 120 Mrd. \$ modernisiert werden. Kein Wunder, dass aus dem Fischer-Ministerium ein Arbeitspapier entstammt, Rüstungslieferungen nicht mehr an Menschenrechtsfragen, sondern an die deutschen Interessen zu koppeln.

Verheugen sprach vom Modell „Großeuropa“ und der daraus resultierenden

ordnungspolitischen Rolle der Türkei. So als Vorposten der Interventionsmacht Nato gegenüber der Balkanregion, dem Kaukasus, Iran und dem Nahen Osten. Um die Türkei als „Krisenreaktionskraft“ aufzubauen, muss die jetzt schon zweitgrößte Nato-Armee reorganisiert und modernisiert werden. Im Rahmen der Umstrukturierung der Nato und des europäischen Verteidigungsbündnisses zu „Kriseneingreiftruppen“ beansprucht die Türkei zwei Nato-Hauptquartiere und die Aufstellung zweier Korps, da von den 16 definierten Nato-Horrorszenarien 13 die Türkei betreffen.

Die Konflikte stehen jetzt schon bevor: Zu den bereits bestehenden Ölpipelines aus Irak sollen auch die neuen aus dem Kaukasus durch die Türkei laufen. Schon deshalb und durch die Verfügungskraft über die Meerenge zwischen Schwarzem und Mittelmeer ist die Türkei ein Ordnungsfaktor ersten Ranges. Durch die Meerengen gehen bspw. mehr als 60% des russischen Warenverkehrs.

Durch die Staudammprojekte an Euphrat und Tigris wirft sich die Türkei zum alleinigen Verwalter der Wasserversorgung des Mittleren Ostens auf. Dieser Vorgang wird durch deutsche und europäische Firmen als auch staatliche Unterstützung wie die Hermes-Bürgschaft unterstützt. Welche Auswirkungen dieses Projekt hat, zeigte sich in diesem Jahr. Nach einer regenarmen Periode war der Wasserspiegel des Atatürkstaudamms so weit gefallen, dass die Stilllegung der Kraftwerke drohte. Also wurde das Wasser des Euphrat in den Atatürkstaudamm fast komplett abgeleitet. In Syrien entstanden dadurch erhebliche Versorgungsprobleme. Gleichzeitig beginnt die Türkei nun im großen Stille mit dem Verkauf von Wasser u.a. an Israel, was wohl einmalig in der modernen Geschichte ist.

Eine Demokratisierung der Türkei und ein neuer Weg des friedlichen Zusammenlebens in der Region des Mittleren Ostens geht nur über die Lösung der Kurdenfrage. Diese Frage wird durch die EU-Beitrittsverhandlungen bisher nicht gelöst.

In den kurdischen Provinzen haben die Menschen ihre Hoffnung für den Weg des friedlichen Zusammenlebens und den demokratischen Aufbau in der Wahl der HADEP-Bürgermeister ausgedrückt. Aber ihre Arbeit wird wenig unterstützt. Sie kämpfen mit der Hinterlassenschaft eines 15-jährigen Zerstörungskrieges, werden selbst schikaniert, verhaftet oder abgesetzt. Das PKK-Präsidialratsmitglied Cemil Bayik spricht von Jahren, die es dauern wird, bis Fortschritte in der Demokratisierung zu erwarten sind. Neue demokratische Kräfte sind in der Türkei erforderlich, die das alte System aus geschmierter Politik, Unternehmern, die vom Krieg profitieren und der Militärkaste ablösen. Die Politik der Bundesregierung ist dabei eher hinderlich, da diese die herrschenden Strukturen der Türkei stärkt und die demokratischen Kräfte schwächt. *rub*

Haider beharrt auf Bedingungen zur EU-Erweiterung für Slowenien

Haider hat seine Forderung nach einer Aufhebung der AVNOJ-Beschlüsse vor einem Beitritt Sloweniens zur EU bekräftigt. Im ORF-Fernsehen meinte er zwar, es sei „im ureigensten Interesse, dass es zur Mitgliedschaft der Nachbarländer in Südosteuropa, Slowenien und Kroatien, kommt“, dies „setzt aber voraus, dass die Frage der Menschenrechte ordentlich gelöst wird“. Die ehemalige slowenische Botschafterin in Wien verwies darauf, dass mit AVNOJ „eigentlich die gesetzliche Grundlage für das künftige Jugoslawien“ im Jahr 1943 gestellt worden sei. Auch die Kontinuität für Slowenien sei damit gegeben. „Da stand auch geschrieben, dass die jugoslawischen Teilrepubliken freiwillig der Föderation beigetreten sind und auch das Recht haben, sich jederzeit von der Föderation abzukoppeln. Das ist uns sehr zu Recht gekommen, als wir unsere Selbstbestimmung“ erreichten. Dass in den AVNOJ-Dekreten die Anerkennung der Kollektivschuld aller Deutschen enthalten sei, müsse man verstehen. Dies sei „vollkommen im Einklang der Alliierten-Politik gegenüber dem Deutschen Reich, so wie auch später mit dem österreichischen Staatsvertrag. Der österreichische Staatsvertrag basiert auch auf den AVNOJ-Beschlüssen.“ *hav*

Entschädigung der Opfer von Distomo hinausgezögert

Die Beschlagnahme deutscher Einrichtungen in Griechenland (s. frühere Ausgabe) ist auf Antrag der deutschen Regierung vom Athener Landgericht erst einmal hinausgezögert worden. Es entschied, dass am 2.10. 2001 über den Antrag verhandelt werden soll, ob griechische Gerichte berechtigt sind, Privatklagen gegen Drittstaaten zu befassen. In seiner Begründung berief sich das Gericht auf den Paragraph 923 der Zivilprozessordnung, wonach Beschlagnahmeverfahren gegen einen ausländischen Staat die vorherige Genehmigung des Justizministers benötige. Dementsprechend seien die Pfändungen zu Lasten des deutschen Staates ungültig. Der Vertreter der Sammelklage von Distomo protestierte gegen den Gerichtsentscheid und stellte einen Eilantrag über die Beschleunigung des Verfahrens. Jetzt soll am 10.10. über die Rechtmäßigkeit der Beschlagnahme entschieden werden. – Zu den Pfändungen war es gekommen, nachdem die BRD einem Urteil von 1977 über Entschädigungsleistungen für die Opfer des SS-Massakers von Distomo nicht nachgekommen war. Im April hatte der höchste Gerichtshof Griechenlands das Urteil bestätigt und die Zahlung auf 110 Mio. DM festgesetzt. Die Bundesregierung vertritt den Standpunkt, dass alle Entschädigungsansprüche aus der deutschen Besatzungszeit erledigt seien. *rub*

BERLIN. Rund 15.000 Jugendliche aus der IG Metall, der Postgewerkschaft, der IG Medien und der HBV forderten am 23. September in Berlin einen umfassenden Politikwechsel (Bild). Das ganze Wochenende waren weitere Gruppen aktiv: Das Aktionsbündnis „Aufstehen für eine andere Politik“, das Bündnis gegen Bankenmacht und die gewerkschaftlichen Arbeitslosengruppen nannten das Arbeitsministerium um in „Bundesministerium für Arbeitslosigkeit und Sozialordnung“ und zogen zum Finanzamt mit dicken Säcken für die Schaffung von Arbeitsplätzen, z.B. aus einer Vermögensteuer; das Ostdeutsche Kuratorium von Verbänden protestierte vor dem Justizministerium gegen die Vertreibung von Erholungsgrundstücken; der Friedensratschlag bekräftigte beim Außenministerium die Losung „Keine Panzer in die Türkei!“; VVN und DIDF wandten sich beim Innenministerium gegen Rassismus; die Konferenz zur politischen Halbzeit-Bilanz besuchten 300 Menschen. *ab*



Keine Munitionsfabrik in die Türkei! Protestaktion am 4. November

WIESBADEN/GEISENHEIM. Ein Bündnis verschiedener Organisationen aus Wiesbaden, Mainz und Umgebung plant für den 4. November eine Kundgebung an der Rüstungsfirma Fritz Werner in Geisenheim unter dem Motto „Keine Munitionsfabrik, keine Waffen und Panzer in die Türkei! Keine Abschiebungen in den Folterstaat Türkei! Bleiberecht für Familie Akyüz!“ Die Gruppen fordern die Bundesregierung auf, der Firma Fritz Werner keine Genehmigung zur Auslieferung einer Munitionsfabrik in die Türkei zu erteilen. Sie verstieße sonst gegen die Rüstungsexportrichtlinien vom Januar, nach denen die Menschenrechtssituation im Empfängerland beachtet werden muss. Gerade vor wenigen Wochen erst ist die Türkei vom Europäischen Gerichtshof wegen Folter rechtskräftig verurteilt worden. – Bundesweit sind insgesamt 35.000 Unterschriften gegen Rüstungsexport in die Türkei gesammelt worden. Der Bundesausschuss des Friedensratschlags kritisiert den Ende September vorgelegten Rüstungsexportbericht 1999 der Bundesregierung scharf: „Von einer restriktiven Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung kann keine Rede sein. Das erste Prinzip, nach dem in Berlin Genehmigungen erteilt werden, lautet offenbar: Erlaubt wird, was der Wirtschaft nutzt. Das zweite Prinzip lautet: Transparenz herrscht, wenn wir etwas verlautbaren, egal wie viel es ist. Und das dritte Prinzip lautet: Menschenrechte machen sich gut bei der Begründung von Kriegseinsätzen, sie haben aber keinerlei Bedeutung für den Waffenexport.“ *PS*

Mahnwache am 9. November – Jahrestag der Reichspogromnacht

BERGISCHE GLADBACH. Die Mahnwache findet an der Gedenktafel am ehemaligen Stella-Werk Richard-Zander-Straße statt. Vorher führen Jugendliche einen Schweigemarsch vom Gedenkstein für

ermordete Zwangsarbeiter auf dem Friedhof St. Laurentius zum Mahnmal für die Opfer des Nationalsozialismus im Park der Villa Zandes zum Stella-Werk durch. Im Stella-Werk wurde 1933 durch die SA ein „wildes Konzentrationslager“ errichtet, in dem zunächst Kommunisten gefangen gehalten und misshandelt wurden, später auch jüdische Bürger zwangsinterniert und anschließend in Konzentrationslager deportiert wurden. „Die zahlreichen neonazistischen Organisationen, Verlage, Zeitschriften, Internetseiten und Veranstaltungen sind aufzulösen und zu verbieten. Dafür gibt das Grundgesetz und unsere Landesverfassung nicht nur die Möglichkeit, sie verpflichtet die Politik zu diesem Schritt. Unsere Schulen brauchen antifaschistischen Unterricht!“ heißt es in dem Aufruf, der von vielen Gruppen und Einzelpersonen unterzeichnet ist. Begrüßt wird der einstimmige Beschluss der Stadt Bergisch-Gladbach, sich an der Entschädigung für Zwangsarbeiter zu beteiligen und eine Gedenktafel für ehemalige Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter zu gestalten.“ *lbk*

Demonstration gegen DVU-Kongress

PASSAU. Rund 2.600 Menschen vieler politischer Richtungen beteiligten sich an der Demonstration gegen den DVU-Kongress am 23. September in Passau. (Bild)



Die Idee vom totalen Versorgungsboykott der DVU setzte sich aber nicht durch. Nur einige Geschäfte hängten Protestplakate aus. Allerdings: Eine Buchhandlung veranstaltete auf eigene Kosten eine Lesung zum Thema „Deutscher Geist und Juden Hass“. Über fünfzig Mal hat die Stadt dagegen geklagt, dass die Rechten die Nibelungenhalle nutzen – immer wieder hat das Verwaltungsgericht gegen Passau entschieden. Immerhin: Das von der Stadt eingenommene Geld für die Hallenmiete, etwa 5000 Mark, wird den Hinterbliebenen des in Dessau ermordeten Afrikaners Alberto Adriano gespendet. Einen weiteren Rechtsstreit hatte die Stadt kurz vor der Veranstaltung auch verloren: Die Aufführung eines Videos von Holocaust-Leugner David Irving vor den 2200 DVUlern war erst von der Stadt verboten worden, wurde dann vom Gericht wieder erlaubt. *taz 25.9.*

Braune Parolen sind unerwünscht

MÜNCHEN. Rund 8000 nahmen am 26. September an der Kundgebung zum 20. Jahrestag des faschistischen Anschlags auf dem Oktoberfest teil, zu der über 70 Organisationen und zahlreiche Einzelpersonen aufgerufen hatten. Wieder viele tausend Menschen haben am 30. September verhindert, dass die NPD auf dem Münchner Marienplatz ihre faschistische Propaganda ausbreiten konnte. Der kleine NPD-Haufen hinter den Polizeiketten war konfrontiert mit Pfeifkonzerten und Sprechchören. Tags zuvor hatte der Ältestenrat des Stadtrats einstimmig betont, dass rechtsextremistische Aktivitäten „in München keinerlei Zustimmung und Resonanz finden mögen, sondern auf einhellige Ablehnung stoßen“. Gleichzeitig stellte er aber fest, dass die Behörden der Stadt leider keine rechtlichen Möglichkeiten haben, die angemeldeten Aktivitäten zu verbieten. Dazu haben die Grünen jetzt einen genauen Bericht angefordert. – Am 12. und 29. September führten Frauen aus verschiedenen Orga-

nisationen Aktionen gegen Rassismus im Alltag durch. In einer renommierten Eisdiele verteilten sie Flugblätter und Stifte und motivierten die Gäste, anstelle der rassistischen Darstellung eines schwarzen Menschen, der als Schokoladeneis abgebildet war, ihre eigene Phantasie spielen zu lassen. Nach anfänglichem Zögern entstanden doch einige kreative Zeichnungen, die dem Filialleiter übergeben wurden. Dieser wurde gebeten, die Zeichnungen an den Inhaber der Eisdiele weiterzuleiten. Weitere ähnliche Aktionen sollen folgen. *mlb*

Antifa-Ratschlag am 4. November

JENA. Seit vielen Jahren engagieren sich in Thüringen Menschen aus Antifa-Gruppen, Gewerkschaften, Parteien und Initiativen gegen Rechts, seit 1991 findet als Bündnisveranstaltung Anfang November ein antifaschistischer und anti-rassistischer Ratschlag statt. Seit dem Frühjahr 2000 berichten auch die Medien ausführlich, in Weimar stellt sich die Stadt gegen Rechts, im Thüringer Landtag findet Debatten statt. Diese öffentlichen Debatten änderten nichts an der weiteren Eskalation der rechten Übergriffe. Obwohl sich fast alle namhaften PolitikerInnen im Bund und im Land zu Wort gemeldet haben, gibt es bisher keine Anzeichen für nachhaltige Handlungskonzepte gegen Rechts. Die präventive Verantwortung wird an Jugendarbeit und Schule delegiert, ansonsten wird auf Repression und die Demontage von Grundrechten gesetzt. Völlig aus der Diskussion verdrängt wird die Verantwortung der Mitte, die Ausländerfeindlichkeit und der institutionelle und etablierte Rassismus. Darüber soll auf dem Ratschlag in Jena diskutiert werden.

www.japs-jena.de

Besetzung von Turkish Airlines

OBERHAUSEN. Am 6. Oktober besetzten Mitglieder von „kein mensch ist illegal“ das Büro von Turkish Airlines, um gegen die Inhaftierung und drohende Abschiebung von zwei Teilnehmern des Wanderkirchenasyls, der Kurden Halil Arslan und Hüseyin Calhan, zu protestieren. In ihrer Erklärung heißt es: „Erst im Januar diesen Jahres wurde ein anderer abgeschobener Teilnehmer des Wanderkirchenasyls von den türkischen Sicherheitsbehörden massiv misshandelt und dabei unter Vorlage von Bildern insbesondere nach Namen von Akteuren und Initiatoren des Wanderkirchenasyls befragt. Selbst der korrigierte Lagebericht des Auswärtigen Amtes beschreibt die Gefährdungspotentiale für abgeschobene Flüchtlinge in der Türkei. Er folgt damit zumindest ansatzweise den Darstellungen von Menschenrechtsorganisationen über anhaltende Folterungen, Misshandlungen, extralegale Hinrichtungen und anderen massiven Menschenrechtsverletzungen in der Türkei ... Wir fordern

die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Turkish Airlines auf, öffentlich und eindeutig gegen Abschiebungen mit ihrer Fluggesellschaft Stellung zu nehmen. Wir fordern, dass das Flugpersonal die Beförderung von Abschüblingen ablehnen“.

www.nadir.org

Dringender Hilferuf für die kurdische Journalistin Meral Akyol

HAMBURG/AICHACH. Die Kurdin befindet sich in Abschiebehaft im Aichacher Gefängnis. Die Gruppe Kurdistan Solidarität Hamburg ruft auf, mit Protestfaxen, Appellen und Aktionen eine Abschiebung der Journalistin für die Tageszeitung Oezgür politica zu verhindern. Sie wurde festgenommen, als sie ihre Aufenthaltserlaubnis in Passau verlängern wollte. Die Festnahme wurde damit begründet, sie habe keine Erkennungs Dokumente und auch versäumt, auf einen Abschiebebeschluss mit Widerspruch zu reagieren. Meral Akyol hat in der Abschiebehaft Aichach 22 Tage lang einen Hungerstreik durchgeführt. Sie befindet sich gesundheitlich in einem äußerst schlechten Zustand. Erst nach längerem Kampf konnte sie von ihrer Mutter besucht werden. Die Abschiebebehörde Passau hat die Haft nun bis zum 1. Dezember verlängern lassen und beabsichtigt, sie während des kurzen verbleibenden Zeitraumes an die Folterer in der Türkei zu übergeben.

Weitere Infos bei: Oezgür politica, Herrn Cemal Ucar; Tel. 049/6102-2073, email: CEMALUCAE@ROJONLINE.COM

Solidaritätsaktionen in Hamburg gegen Isolationshaft in der Türkei

HAMBURG. Am 23. September führten DETUDAK Hamburg, das Solidaritätsbündnis für die politischen Gefangenen in der Türkei, eine Kundgebung gegen die Einführung von Isolationsgefängnissen in der Türkei durch (Bild). Für den Herbst hat die türkische Regierung die massenhafte Verlegung politischer Gefangener in solche F-Typ-Gefängnisse angekündigt. Bereits im Juli hatte das Regime blutige Angriffe auf die politischen Gefangenen in Burgur und Bergama durchgeführt, um die Verlegung durchzusetzen.



Versucht die Regierung ihre Ankündigung wahrzumachen, drohen erneut Massaker in türkischen Gefängnissen. Am 30.9. fand eine Kundgebung im Gedenken an das Massaker im Gefängnis von Uluncular vor einem Jahr statt, bei dem zehn Gefangene getötet worden waren. Für den 22. Oktober organisiert das Komitee gegen Isolationshaft ein Solidaritätskonzert für die politischen Gefangenen in der Türkei mit der Gruppe Yorum. Auf einer (leider schlecht besuchten) Veranstaltung der PDS Hamburg in Kooperation mit der *jungen Welt* war die Einführung der Isolationshaft in türkischen Gefängnissen das Thema. Hier wurde u.a. verabredet, bei den ersten Anzeichen der gewaltsamen Verlegung auf einem neuerlichen Treffen Solidaritätsaktionen zu vereinbaren. Außerdem bestand Interesse an der für den 9. Dez. geplanten Demonstration anlässlich des Tages der Menschenrechte. *scc*

Diffamierung von Homosexuellen

WIESBADEN. Die hessische Sozialministerin Marlies Mosiek-Urbahn hat eine Flugschrift der Vereinigung „Christliche Mitte“ scharf verurteilt, in der Homosexuelle diffamiert werden. „Die von den Vertretern der selbsternannten Christlichen Mitte geäußerten Behauptungen sind zutiefst demagogisch und menschenverachtend.“ Besonders verwerflich sei der Versuch, Homosexuellen die Verantwortung für sechs Millionen AIDS-Tode anzulasten. Mosiek-Urbahn teilte mit, dass die in dem Flugblatt geäußerten Behauptungen nach Ansicht der Freiburger Staatsanwaltschaft den Tatbestand der Volksverhetzung erfüllen. Sie machten deshalb darauf aufmerksam, dass die Post die Verteilung von Wurfsendungen mit homophoben Inhalten aus Rechtsgründen ebenso verweigern kann wie etwa in Fällen rassistischer Propaganda. www.lsvd.de

„Mehr Demokratie in Thüringen“

EISENACH. Zur Halbzeit ihres Volksbegehrens „Mehr Demokratie in Thüringen“ zieht die bundesweite Bürgeraktion „Mehr Demokratie e.V.“ eine positive Zwischenbilanz. 70.000 Unterschriften sind seit dem 28. Juli im Eisenacher Landesbüro eingegangen. 1,5 Millionen Bögen befinden sich im Umlauf. Bis zum 27. November hat das Bündnis aus 22 Verbänden Zeit, die erforderlichen 275.000 Stimmen (14%) zusammen zu tragen. Ziel des Antrags ist die Erleichterung von Volksbegehren und Volksentscheiden in der Landesverfassung. – In Brandenburg startete vor zwei Wochen eine Volksinitiative für faire Beteiligungsrechte. – Für das Frühjahr 2001 kündigte Claudia Nierth, Sprecherin des Bundesvorstandes von Mehr Demokratie, die Aktion „Mehr Demokratie in Deutschland“ zur Einführung bundesweiter Volksentscheide an. www.mehr-demokratie

Aufruf zur internationalen Aktions- und Mobilisierungswoche vom 16. bis 20. Oktober 2000

„Wir stehen auf der Bühne, wir sind es, die handeln, alles ist Wirklichkeit, es gibt keine Zuschauer!“

(Ton Steine Scherben)

In Verteidigung von freier, öffentlicher und kostenloser Bildung – gegen die Politik von IWF und Weltbank

„Zu meiner Zeit behaupteten die Theoretiker des Regimes das Ende der Ideologien, und in Deiner rufen sie das Ende der Geschichte aus, mit der Hoffnung, sie in ein unabänderbares statisches Bild zu verwandeln, das ihre Vorherrschaft für immer festhält. (...)“

Das neue kritische historische Subjekt (...) ist plural, es wird von den Globalisierten gegenüber den Globalisierern gebildet, von den wirklichen Indigenas und den metaphorischen Indigenas. Das heißt von den sozialen Verlierern, welche in den kommenden Jahrzehnten vor der Gefahr einer ungekannten sozialen Katastrophe stehen werden. Der Anstieg der Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten steht im Kontrast zu einem wissenschaftlich-technischen Fortschritt, der die Bedingungen für eine wirklich globalisierte Entwicklung böte.

Die große Enttäuschung, verursacht durch die Übermacht des Neoliberalismus und die Schwäche der schiffbrüchigen konventionellen Linken, wird von neuen Formen des Ungehorsams überwunden. Diese deuten auf eine Entwicklung der inneren Widersprüche des Kapitalismus in der Phase der Globalisierung und der Spannung zwischen Globalisierern und Globalisierten.

Die Generation X,Y oder Z, das ist egal, ist aus der Vorhölle oder aus dem Niemals, wohin sie das System stecken wollte, aufgebrochen und ist sich ihrer Lage bewusst geworden.

In diese Richtung ist die Studierendenbewegung an der Unam gegangen. Es ist nicht der Moment, über die maximalistischen oder machbarkeitsorientierten Positionen in Eurer Bewegung zu richten, sondern Solidarität zu zeigen, gegen die Repression und den Versuch, das als Terrorismus zu verkleiden, was eine Aktion für eine soziale Forderung war. Die Herr-

schen sind von ihrem Einheitsdiskurs so eingenommen, dass alles, was sich ihm widersetzt, zum intellektuellen oder politischen Terrorismus verwandelt wird.“

Manuel Vázquez Montalbán, spanischer Schriftsteller in einem Brief an einen inhaftierten, mexicanischen Studenten des CGH (dokumentiert in der jungle world, 12.4.2000)

9 Monate lang protestierte die mexicanische Streikbewegung CGH (consejo general de huelga) im letzten Jahr gegen die Einführung von Studiengebühren und hielt die Universidad Nacional Autónoma de México (UNAM) besetzt. Im Februar wurde die UNAM von 3000 Soldaten einer polizeilichen Spezialeinheit geräumt, über 1000 StudentInnen wurden festgenommen und über längere Zeit inhaftiert.

Im April 2000 lud der Streikrat CGH zu einem Internationalen StudentInnen-treffen („encuentro internacional“) nach Mexico, an dem über 1200 StudentInnen

fzs Pressemitteilung vom 05. 10. 00 – Die Verfaßte StudentInnenschaft in Niedersachsen wird nicht abgeschafft

Göttingen: Diskursprojekt „NHG-2000-“Veranstaltung

Die SPD-Landtagsfraktion veranstaltete am 4.10.2000 an der Uni-Göttingen die erste von drei Veranstaltungen des Diskursprojektes NHG 2000 (NHG: Niedersächsisches Hochschulgesetz), unter dem Motto: „Studentische Mitwirkung“.

In nahezu allen Bundesländern wurde oder wird in der letzten Zeit an neuen Hochschulgesetzen oder Gesetzesnovellen gearbeitet, so auch in Niedersachsen. Hier befindet sich das Verfahren zur Novelle noch in der Anfangsphase.

Nachdem die SPD-Regierung ihren ersten erschreckenden Entwurf zu einem Gesetz, in dem sogar die Abschaffung der Verfaßten StudentInnenschaft (VS) intendiert wurde, zurückgezogen hat, scheint die Partei nun an einem Diskussionsprozeß mit den Studentischen VertreterInnen interessiert zu sein. An der Veranstaltung in Göttingen nahmen ca. 100 Interessierte teil, unter ihnen auch ein Vorstandsmitglied des fzs.

Das Podium war mit E. T. Bagel (Wiss. Mitarbeiter der AG Hochschulforschung der Uni Konstanz), P. Pasternack (Wiss. Mitarbeiter des Institutes für Hochschulforschung Wittenberg), H. Reuke (Geschäftsführer der ZEuAH), D. Schneider (AStA der Uni Marburg), S. Niemey-

er (Scheme-Team des CHE Bielefeld) und Dr. W. Domröse, dem hochschulpolitischen Sprecher der SPD-Landtagsfraktion besetzt. In den am Vormittag gehaltenen Inputreferaten waren sich bis auf den Vertreter des Scheme-Teams alle einig, daß es notwendig ist, die Verfaßte StudentInnenschaft zu erhalten.

Die Plenumsdiskussion am Nachmittag machte darüber hinaus deutlich, daß unter den StudentInnen ein Konsens darüber besteht, daß eine Deregulierung und Entdemokratisierung der Entscheidungskompetenzen und Hochschulstrukturen an sich, wie sie durch die Gesetzesnovelle beabsichtigt wird, nicht akzeptabel ist.

Martin Dolzer, Vorstandsmitglied des fzs, meldete sich auf der Veranstaltung zu Wort: „Nicht umsonst heißt das Thema dieses Projektes studentische Mitwirkung. Mitwirkung kann so ziemlich alles bedeuten, ist aber bei weitem etwas anderes als Mitbestimmung. Um eine emanzipatorische Entwicklung der Wissenschaft zu befördern, wäre es allerdings nötig, alle Mitglieder der Hochschule, gleichberechtigt an Entscheidungsprozessen, besonders solchen mit gravierender Bedeutung, teilhaben zu lassen. Das ist mit den Strukturveränderungen, wie sie seit den 90er Jahren bundes- und europaweit stattfinden, aber nicht beabsichtigt. Die Hochschulen stehen in einer ständigen Wechselwirkung mit der Gesellschaft und beeinflussen, durch ihre

gesellschaftliche Funktion wesentliche ihr inhärente Entwicklungen. Es ist wichtig, Menschen die Möglichkeit zu geben, sich wissenschaftliches Denken, politisches Bewußtsein und ein kritisches Hinterfragen von Sachverhalten aneignen zu können. Die Änderungen, die das HNG anstrebt, befördern dagegen sich wirtschaftlichen Interessen unterordnende Hochschulen, an denen die StudentInnen zu verwertbarem Humankapital degradiert werden.“

Der SPD-Abgeordnete Dr. W. Domröse, der sich nur mit einem Schlußwort an dem Diskurs beteiligte, forderte hingegen die Stärkung der Leitungsebenen der Hochschulen durch Unternehmensstrukturen, eine Öffnung der Lehranstalten für die Wirtschaft und eine umfassende Deregulierung der hochschulinternen Entscheidungsprozesse. Die Verfaßte StudentInnenschaft, so Domröse, bleibt bestehen, und er selbst sei zu Diskussionen über Einzelfragen gerne bereit.

Der fzs begrüßt, daß die VS auch in Niedersachsen nicht abgeschafft wird, kritisiert aber, daß dieser Sachverhalt nicht im Gesetz festgelegt werden soll und somit der Definition durch die Grundordnung der einzelnen Anstalten überlassen bleibt. Eine Wandlung der Rechtsform der Hochschulen in Stiftungen öffentlichen Rechts und die Einführung von Wirtschaftsräten in Zusammenhang mit einer Deregulierung ist grundsätzlich abzulehnen. ...

teilnehmen. Gemeinsam und über nationale Grenzen hinweg analysierten die TeilnehmerInnen die Situation der Privatisierung in ihren Ländern, zogen Parallelen und entwickelten Perspektiven für den internationalistischen Widerstand gegen marktförmige Bildung, gegen Elitenbildung, gegen den neoliberalen Trend der Privatisierung.

In der Woche vom 16.-20. Oktober werden – durch dieses Treffen initiiert – weltweit StudentInnen auf die Straßen gehen und freie, öffentliche und kostenlose Bildung verteidigen, wo noch vorhanden oder fordern, wo schon wegprivatisiert.

Auch in der BRD stehen wir am Fuße einer neuen Umstrukturierungswelle, auch wenn hierzulande Bildungspolitik noch nicht vom Internationalen Währungsfond IWF initiiert und aufoktroyiert wird, wie in Lateinamerika. Studiengebühren werden immer lauter gefordert, Privathochschulen öffnen ihre Pforten für die reiche Elite, Selektion wird durch Instrumente der Bildungspolitik ermöglicht und weiter ausgebaut, die neoliberalen Prediger von CHE, Bertelsmann, dem Stifterverband und Co. gewinnen an Einfluß.

Und die StudentInnen in Deutschland?

Der freie Zusammenschluß von studentInnenschaften (fzs) unterstützt den

Kampf der StudentInnen in Mexico und ruft hiermit dazu auf, in dieser Aktions- und Mobilisierungswoche den Unistreib in Mexico, die Folgen und Ursachen von Privatisierung, in Deutschland, in Mexico und überall auf der Welt zu thematisieren.

Organisiert Aktionen, Demonstration, Informationsveranstaltungen (vielleicht auch für Erstis!?) und engagiert Euch im Widerstand gegen marktförmige Bildung, gegen Studiengebühren, gegen den Ökonomisierungsterror und gegen die Verwandlung von StudentInnen in Humankapital.

Der fzs ruft alle StudentInnen in Deutschland auf, sich phantasievoll und lautstark an dieser Aktionswoche zu beteiligen. Falls Ihr etwas für die Woche vom 16.-20.10. plant, meldet euch bitte zur Koordination im fzs-Büro.

Dort könnt Ihr auch weitere Infos über die Situation in Mexico, den Film „Wie ist der Stand im Widerstand?“ zum Unistreib in Mexico oder weitere Materialien beispielsweise zu Studiengebühren bekommen.

Kontakt und weitere Informationen: freier Zusammenschluß von studentInnenschaften fzs • Reuterstr. 44 • 53113 Bonn
Tel.: 0228/26 21 19 • Fax: 0228/242 03 88
elektropost: fzs@studis.de • www.studis.de/fzs

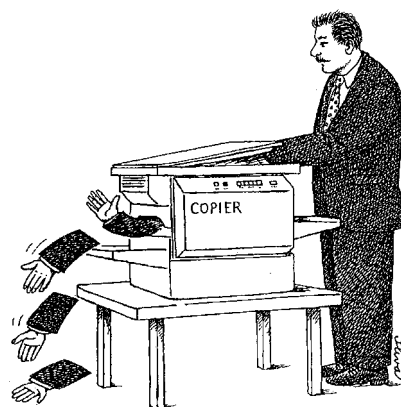


Paragrafen fallen nicht vom Himmel

Der Entwurf zum neuen Hamburgischen Hochschulgesetz (HmbHG) trifft an der Universität auf entschiedene Ablehnung

Hochschulen sollen standortdienlich, dienstleistungsorientiert, managementfähig, schlank, fit – kurz: „modern“ werden. Diesen Allgemeinplatz des Zeitgeistes pfeifen inzwischen sogar die Wissenschaftsredakteure von „Focus“ bis „Freizeit Revue“ von den Dächern. Deshalb soll ein neues HmbHG noch vor der Bürgerschaftswahl im Herbst 2001 beschlossen werden. Seit Jahresbeginn hat die Wissenschaftsbehörde (BWF) Verfahren zur Ermittlung der an ein neues Gesetz gestellten Anforderungen („Moderierte Foren“) veranstaltet und es gab intensive Lobbyarbeit der Handelskammer als Vertretung der hamburgischen Kapitalinteressen. Dem haben Gewerkschaften (ÖTV, GEW, DAG) ihrerseits Forderungen für eine arbeitnehmerfreundliche, auf offenen Zugang zu Hochschulbildung orientierte Reform entgegengestellt. Auch linke Hochschulgruppen und Fachschaftsräte formulierten bei den BWF-Foren ihre Kritik. Dadurch konnten Ziele der BWF nicht einfach durchgewunken werden – die Foren wurden so mehr als Demokratiesimulation.

Auch die Selbstverwaltungsgremien der Universität haben sich seit dem Frühjahr mit wachsender Intensität mit der Gesetzesnovelle befasst. Das Konzil fasste hierzu diverse Beschlüsse: Insbesondere wurde die Umwandlung der Hochschulen in Stiftungen und damit ihre Herauslösung aus dem Bereich staatlicher Verantwortung abgelehnt. Ein Projekt, für das Uni-Präsident Jürgen Lüth-



Gießen/Berlin, 02.10.2000 . Bündniss für Politik- und Meinungsfreiheit

„Klagewelle gegen Studierendenvertretungen eindämmen!“

Zu einem Meinungsaustausch trafen sich drei VertreterInnen des Bündnisses für Politik- und Meinungsfreiheit mit dem bildungspolitischen Sprecher der Grünen Bundestagsfraktion Matthias Berninger. Thema der Diskussion war die anstehende Novellierung des Hochschulrahmengesetzes (HRG) in den Paragraphen 3 und 41, die die Befugnisse der Verfaßten Studierendenschaft betreffen. Die zahlreichen Klageverfahren gegen Studierendenvertretungen und Fachschaften in den zurückliegenden Jahren ist Anlaß der Gesetzesnovellierung. „Die zahlreichen Klageverfahren gegen Studierendenvertretungen in den letzten Jahren machen eine Gesetzesänderung im HRG notwendig. Wenn ASten sich schon nicht mehr gegen Rechtsextremismus aussprechen dürfen, ohne befürchten zu müssen, von rechtskonservativen bis rechtsradikalen Studenten vor die Verwaltungsgerichte gezerrt zu werden, dann stimmt etwas nicht“, so Carmen Ludwig, Geschäftsführerin des Bündnisses.

Zuletzt war der AStA der Uni Marburg zu einem Ordnungsgeld von 4.000 DM verurteilt worden, weil er zu einer antifaschistischen Demonstration aufgerufen hatte, die sich gegen eine Kundgebung der NPD richtete. Dem ReferentIn-

nenrat der Berliner Humboldt- Universität waren Stellungnahmen zur politischen Situation in Österreich untersagt worden. „Wir streben eine Gesetzesänderung an, die es Studierendenenschaften ermöglicht, zu allen gesellschaftspolitisch relevanten Fragen Stellung zu beziehen. ... Es ist nicht einzusehen, dass an Hochschulen beispielsweise zu Themen wie Gentechnologie, Atomenergie oder den gesellschaftspolitischen Ursachen von Rechtsextremismus geforscht wird und der AStA sich dazu nicht äußern soll. Die ASten können bei der derzeitigen Rechtsprechung erst dann tätig werden, wenn ein ausländischer Student Opfer rassistischer Übergriffe wurde. Und dann ist es zu spät“, so Carsten Peters vom Bundesausschuss der Studierenden der GEW (GEW- BASS). Matthias Berninger, bildungspolitischer Sprecher der Grünen Bundestagsfraktion ... „Da muss etwas geschehen. Wie soll zum Beispiel die Viadrina, die internationale Hochschule in Frankfurt/Oder Ort internationaler Begegnung sein, wenn ausländische Studierende dort bedroht und überfallen werden und der AStA nichts unternehmen kann. Die Unsicherheit der ASten im Umgang mit politischen Äußerungen muss durch eine weitgehende gesetzliche Regelung im HRG ausgeräumt werden.“ Berninger kündigte die Formulierung eines gemeinsamen Gesetzesentwurfes der beiden Regierungsfractionen im Bundestag an. <http://www.studis.de/>

→ je nichtsdestotrotz – unter Beifall der Wirtschaftslobby – auf Empfangen und in seiner Hauspostille „Uni HH“ unverdrossen wirbt, um die Uni für private Geldgeber attraktiver zu machen. Teil seines Konzeptes ist es auch, dass Vertreter von Wirtschaftsunternehmen zukünftig mit Entscheidungsmacht in Leitungsgremien der Hochschulen Platz nehmen sollen. Dem erteilte eine deutliche, alle Statusgruppen (also Studierende, wissenschaftliche Mitarbeiter, Technisches- und Verwaltungspersonal, Profs) der Uni umfassende Mehrheit im Konzil eine klare Absage. Die Linie der Gremienbeschlüsse lässt sich mit der Formel beschreiben: mehr Entwicklungsmöglichkeiten, mehr Autonomie für die Hochschule – das erfordert mehr Beteiligungsmöglichkeiten, mehr Demokratie in der Hochschule.

Die BWF hat im Juli einen Entwurf vorgelegt, der auf das Gegenteil hinausläuft: Abbau von Entscheidungsbefugnissen für die Gremien der Hochschulen, Machtvollkommenheit eines Präsidenten, der zukünftig selbst entscheiden soll, wer seine Stellvertreter sind („Wahl“ nur noch nach Vorschlagsrecht des Präsidenten), Abschaffung der inhaltlich gestaltenden Ausschüsse und der Mitbestimmungsmöglichkeiten in den Fachbereichen bis hin zur möglichen Auflösung von Selbstverwaltungseinheiten (Fachbereichen, Instituten), massive Verschlechterung der Lage der Verfassten Studierenden (die Interessenvertretungen der Studierenden in den Fachbereichen – FSRs – stehen auf der Abschlusssliste!), erhöhter Konformitätsdruck durch die Einführung weiterer Restriktionen im Studium ...

Erfreulich ist allerdings, dass demzufolge auch der Unwillen in den Gremien, „dem Schicksal seinen Lauf“ zu lassen, erheblich ist und Gegenwehr mit Schwung organisiert wird. Auf Initiative von Gremienstudis aus juso-hsg & fachschaftsaktive und Liste LINKS wird in so nicht bekannter Kooperation aller Statusgruppen eine kritische Bewertung des Behördenentwurfes zum HmbHG und die Erstellung eines Alternativentwurfes erarbeitet. Dies bedeutet nicht, dass die Uni alles beim Alten belassen will. Vielmehr geht es darum, staatlich zu gewährleisten, dass Bildung und Wissenschaft ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht werden können. Dafür bedarf es der Stärkung der Verfassten Studierendenenschaften, des Ausbaus der Mitbestimmungsmöglichkeiten aller an den Hochschulen Tätigen und der Erweiterung der Möglichkeiten einer eigenständigen Studienorganisation, um stärkeren kritischen Gesellschaftsbezug in Bildung und Wissenschaft zu ermöglichen. Damit dieser Anspruch im novellierten HmbHG verwirklicht wird, muss das Konzil – höchstes Gremium der Uni – eine entsprechende Stellungnahme zum Referentenentwurf in seiner öffentlichen Sitzung am 27. September beschließen...

Sozialwohnungen für Migranten

HAMBURG. Die Zahl der Zuwanderer in Hamburg nimmt nicht ab, sondern zu. Dennoch sind insbesondere nach Ende des Bürgerkrieges im ehemaligen Jugoslawien zahlreiche Unterkünfte für Flüchtlinge in der Hansestadt geschlossen worden, so dass die übrigen stark überbelegt sind. Die GAL-Bürgerschaftsfraktion forderte deshalb, Flüchtlinge vermehrt auch in Sozialwohnungen unterzubringen. Zudem sei das für die Stadt langfristig auch billiger als die Unterbringung in Pavillonhöfen oder bezirklichen Wohnheimen. In einer bezirklichen Einrichtung, die von der Stadt bei Privatbesitzern angemietet werden muss, kostet ein Platz pro Monat einschließlich Betreuung und Sozialhilfe 7.468 Mark. In den Pavillonhöfen zahlt die Stadt im Monat 3.237 Mark pro Person, während in einer Sozialwohnung nur 2.429 Mark anfallen.

Soziales Zentrum besetzt

NORDERSTEDT. Nachdem die Stadt den Betreibern nach dem Auslaufen des fünfjährigen Nutzungsvertrages am 31.8. lediglich einen dreijährigen Nutzungsvertrag mit Sonderkündigungsrecht und höheren Kosten anbot, haben die Nutzer des „einzigen selbstverwalteten und selbstfinanzierten Veranstaltungs- und Kommunikationszentrums für linke Politik und Kultur in Norderstedt“ das Gebäude im Anschluss an eine Musikveranstaltung besetzt. Sie fordern eine längere Vertragsdauer, Mietvertrag statt Nutzungsvertrag, freie Verfügung über die Räume, kein Sonderkündigungsrecht für die Stadt und die vertragliche Zusage eines Ersatzobjekts.

Videoüberwachung

MANNHEIM. Der Gemeinderat hat die Beteiligung der Stadt an dem Landesprojekt zur „Videoüberwachung öffentlicher Räume“ beschlossen. Zunächst sollen acht Videokameras in der Mannheimer Fußgängerzone und auf dem Marktplatz installiert werden. Sie werden im Polizeipräsidium Tag und Nacht überwacht. Gegen die Stimmen der Grünen wurde der Beschluss noch vor der Änderung der Landesgesetze gefasst, die bis zum Jahresende geplant ist. Bereits in der Adventszeit soll die Überwachung beginnen.

Neonazi raus aus dem Stadtrat!

SCHWEINFURT. Nachdem der für die REPs im Stadtrat sitzende Roderich Sell, Mitglied der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ und seit Jahren für rassistische und antidemokratische Aktivitäten bekannt, jetzt in einem Leserbrief an „Die Welt“ einen Redakteur mit antisemitischen Äußerungen beleidigt und bedroht hat, sieht sich der Stadtrat – in Sorge um das Ansehen des Rates und der Stadt – veranlasst, ihn in einer Resolution zu verurteilen und zur Zurück-

nahme seiner Äußerungen aufzufordern. „Der Stadtrat legt Herrn Dr. Sell nahe, sein Stadtratsmandat niederzulegen.“

Soziale Stadt LEIPZIG. Mit einer Auftaktveranstaltung startete offiziell die Umsetzung des Bund-Länder-Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ im „Leipziger Osten“. Die Veranstaltung wird gemeinsam von der Stadt Leipzig und dem Deutschen Institut für Urbanistik (Difu), Berlin, im Jugendclub Rabet im Leipziger Osten durchgeführt. Durch das Programm „Soziale Stadt“ sollen die Lebensverhältnisse in solchen Stadtteilen verbessert werden, in denen sich soziale, wirtschaftliche und städtebauliche Probleme besonders häufen. Vor allem Initiativen und Projekte, die zu einer „selbsttragenden positiven Entwicklung“ dieser Quartiere beitragen, werden durch das Programm gefördert und unterstützt. Das Programm „Soziale Stadt“ bezieht sich zur Zeit auf 186 Gebiete in 157 Städten und Gemeinden Deutschlands. Die Länder haben aus diesen Gebieten jeweils ein Modellgebiet ausgewählt, für Sachsen ist dies der „Leipziger Osten“. Durch das Programm „Soziale Stadt“ wurde bisher für den Zeitraum 1999 bis 2003 eine Förderung in Höhe von 5,3 Millionen DM für den „Leipziger Osten“ zur Verfügung gestellt.

Stadtwerke im Wettbewerb gut behauptet

KREFELD. „Die mit 1 bis 3 % geringe Wechselbereitschaft der Haushaltskunden zeigt, dass die Kundennähe und das flexible Preis- und Leistungsangebot der Stadtwerke sich auszahlen.“ Dies betonte Michael Schöneich, Hauptgeschäftsführer des Verbands kommunaler Unternehmen, auf der Versammlung der mit 226 Unternehmen mitgliederstärksten Landesgruppe NRW in Krefeld. Die Stadtwerke dürften sich jedoch auf ihrem bisherigen Erfolg nicht ausruhen. Durch die rasante Änderung der Marktstrukturen, die Konzentration in der Energiewirtschaft hin zu einer Oligopol-Bildung und die weiteren Liberalisierungs- und Deregulierungsbestrebungen der EU beim ÖPNV und bei der Wasserversorgung würden in vielen Städten und Gemeinden der vorschnelle Verkauf ihrer Unternehmen gefördert. Dieser schleichenden Tendenz müsse man entgegentreten. Deshalb appellierte Schöneich an die Kommunalpolitiker, sich auf die zentralen Funktionen ihrer Stadtwerke zu besinnen: sie seien wertvolle Infrastrukturdienstleister; wichtige kommunalpolitische Gestaltungselemente und Garant für den Wettbewerb in einem zur Konzentration tendierenden Energiemarkt.

Zusammenstellung: ulj

Kommunale
Politik

„Wir sind die Fußabtreter“

Kiel. Während die Wirtschaftsminister der Länder inzwischen fordern, das Ladenschlussgesetz (LadSchlG) weiter zu deregulieren, und die Fronten für und gegen längere Öffnungszeiten quer durch alle Parteien laufen, wird das Gesetz zunehmend durch die Schaffung von Fakten aufgeweicht. Für den Schleswig-Holstein-Tag am vergangenen Wochenende beantragte Kiels OB Norbert Gansel bereits im April beim Landesministerium für Soziales, Arbeit und Gesundheit eine Sondergenehmigung zur Öffnung am 23. und 24.9., am Samstag bis 20 Uhr, Sonntag bis 18 Uhr, nach § 23 LadSchlG. Dieser Paragraph ermöglicht eine Öffnung auch an Sonn- und Feiertagen, wenn ein besonderes Versorgungsinteresse der Bevölkerung besteht, und ist eigentlich für Notsituationen gedacht. Die Praxis ist inzwischen allerdings, das zeigen Beispiele u.a. aus Mecklenburg-Vorpommern, dass der Paragraph zur angeblich den Umsatz und die Attraktivität von Innenstädten steigenden Öffnung an Sonn- und Feiertagen missbraucht wird. Die Ausnahme wird zur Regel, das Ladenschlussgesetz soll so weiter ausgehöhlt werden, um in letzter Konsequenz auch in anderen Arbeitsbereichen Flexibilisierung und Deregulierung durchzusetzen – im Interesse des Kapitals und gegen die der ArbeitnehmerInnen, versteht sich.

Gegen die Sondergenehmigung zum Schleswig-Holstein-Tag klagten zwei Kieler Buchhändlerinnen aus dem Sophienhof und erhielten zunächst Recht, indem das Verwaltungsgericht (VG) ihrer Klage in Bezug auf die Sonderöffnungsgenehmigung am 21.9. aufschiebende Wirkung beschied, also eine zusätzliche Ladenöffnung am 23. und 24.9. verbot. Dagegen legte das Sozialministerium noch am Abend des 21.9. beim Schleswiger Oberverwaltungsgericht (OVG) Beschwerde ein, der das OVG am 22.9. stattgab. Die Läden konnten also am Schleswig-Holstein-Tag öffnen.

Das Center-Management des Sophienhofs hatte nach dem Spruch des VG angekündigt, der Sophienhof werde dennoch geöffnet. Die Verfügung betreffe nur die beiden Klägerinnen und das Geschäft, in dem sie arbeiten, und sei für den gesamten Sophienhof nicht bindend. Ein offener Aufruf zum Rechtsbruch, gekleidet in eine zweifelhafte juristische Argumentation.

Die Gewerkschaften DAG und hbv, die die Klägerinnen im Rechtsstreit unterstützten, wenn auch bezüglich der Öffentlichkeitsarbeit nicht in dem Maße, wie diese sich das gewünscht hätten, werten den Erfolg vorm VG dennoch als wichtigen Schritt im Kampf um die Erhaltung

des Ladenschlussgesetzes, zumal das OVG auch noch nicht in der Sache entschieden hat, sondern nur die aufschiebende Wirkung der Klage einstweilen aufhob.

LinX sprach mit einer der beiden Klägerinnen, die ihren Namen nicht nennen möchte, weil sie inzwischen Anfeindungen sogar von Kunden ausgesetzt ist und um ihren Arbeitsplatz fürchtet, über den Rechtsstreit und die Auswirkungen immer längerer Ladenöffnungen auf ihr Leben. (jm)

LinX: Was hat euch zur Klage gegen die Sondergenehmigung des Sozialministeriums bewogen?

Klägerin (K.): Die VerkäuferInnen im Einzelhandel werden zum Fußabtreter in der Gesellschaft. Wenn man seine Arbeitnehmerrechte vertritt, wird man angepöbelt. Die Leute wollen zu jeder Zeit einkaufen, das aber auch noch preisgünstig und mit guter Beratung. Auch um 22 Uhr soll noch eine nette Verkäuferin vor ihnen stehen. Shopping wird zum Lebensgefühl und zur Freizeitgestaltung. Dabei werden schon jetzt in kaum einem anderen Bereich von den Arbeitnehmern so flexible Arbeitszeiten wie im Einzelhandel gefordert. Die Leute sehen nicht, dass eine weitere Deregulierung, die im Einzelhandel anfängt, um sich greifen wird, bis es irgendwann überhaupt keine geschützten Ruhezeiten und Feiertage mehr gibt.

Das wird weitreichende Folgen haben. Andere Versorgungsbereiche wie etwa Kinderbetreuung müssen dann nachziehen. Das gesamte soziale Leben wird sich umkrepeln müssen, beziehungsweise soziale Gefüge werden zerstört. Dagegen muss man sich wehren. Und wir Einzelhändlerinnen stehen da z.Z. sozusagen an der ersten Front.

LinX: Eure Klage hat also Mustercharakter?

K.: Ja, auch wenn es hier „nur“ um eine Sondergenehmigung geht. Interessant ist nämlich, dass zusätzliche Ladenöff-

nungszeiten gewöhnlich durch eine Rechtsverordnung der Stadt festgelegt werden – nach § 14 und 16 LadSchlG. Die hat die Stadt Kiel im März aber nur für die vier Adventssamstage und das Verbindungsfest im November verfügt. Dass der OB für den Schleswig-Holstein-Tag den Weg des § 23 wählt, also einen Notstand konstruiert, spricht dafür, dass er die zusätzliche Öffnung auf dem „normalen“ Weg der Rechtsverordnung nicht durch bekommen hätte. Man muss sich mal die Daten ansehen. Die Rechtsverordnung ist vom 23.3.. Am 7.4. geht Gansel dann los und holt sich beim Sozialministerium die Sondergenehmigung. Denn nach § 14 und 16 hätte man, um am Schleswig-Holstein-Tag bis 18 Uhr zu öffnen, am Samstag davor nur bis 14 Uhr öffnen dürfen.

Hinzu kommt, dass in einer Mitteilung des Sophienhof-Managements stand, dass man sich vorbehalte, am Samstag (23.9.) bis 20 Uhr zu öffnen, falls die Öffnung am Sonntag nicht genehmigt werde. Aber sogar für die Öffnung am Samstag bis 20 Uhr gibt es keine Rechtsverordnung. Denen war also durchaus klar, dass das Ganze rechtlich auf wackligen Beinen steht.

Da wird jenseits der Öffentlichkeit herumgemacht, denn während die Rechtsverordnung veröffentlicht werden muss, ist das bei der Sondergenehmigung nicht so. Man erfährt also erst viel zu spät davon und kann sich kaum noch wehren. Unsere Klage sollte auch öffentlich machen, mit welchen Methoden die Stadt versucht, das Ladenschlussgesetz zu umgehen.

LinX: Vor dem Verwaltungsgericht habt ihr Recht bekommen. Wie hat das VG das begründet?

K.: Die Kammer hat uns in zwei Punkten Recht gegeben. 1. wurde festgestellt, dass unsere Klage berechtigt ist. Das hatte das Sozialministerium angezweifelt, und zwar vom Ton her in einer ziemlich rüden Art, die zeigt, wie emotional aufgeladen das Thema ist. Zitat: „Die Klägerin erkennt hier in eklatanter Weise das Wesen und die Zielrichtung des Ladenschlussgesetzes“, weil „die arbeitsschutzrechtliche Zielsetzung im LadSchlG (...) ausschließlich den öffentlich sozialpolitischen Interessen dient und nicht die Rechte einzelner Arbeit-

3. Oktober auch für Bankangestellte Feiertag – Die Deutsche Börse und die Terminbörse Eurex haben beschlossen, am 3. Oktober entgegen der bisherigen Beschluß- und Gesetzeslage den Frankfurter Aktienmarkt nicht zu öffnen. Dies soll allerdings nur für dieses Jahr gelten, weil das zehnjährige Jubiläum der Deutschen Einheit ein besonderer Anlaß sei. Damit hat die gemeinsame Kampagne von Gewerkschaften und Kirchen gegen die Feiertagsöffnung einen ersten Erfolg erzielt. Auch innerhalb der CDU wird das Thema inzwischen diskutiert. Zuletzt hatten sich die Gewerkschaftsvor-

sitzenden von DAG und HBV in einem gemeinsamen Schreiben an Bundeskanzler Schröder beschwert. Der Bundesverband Öffentlicher Banken begrüßte die Börsenschließung und forderte, daß die Börse auch künftig nicht nur am 3. Oktober, sondern auch an allen Feiertagen geschlossen bleiben soll. Die geringen Geschäfte an diesen Tagen stünden in keinem Verhältnis zum Aufwand. Die Börse London hatte zuletzt am „Summer Bank Holiday“, am Montag, den 28.8. ebenfalls als einzige Aktienbörse der Welt ohne Rücksicht auf Konkurrenz Nachteile geschlossen.

nehmer schützt. (...) (Es) schränkt vielmehr auch Rechte von Arbeitnehmern dadurch ein, dass (sie) daran gehindert werden, während der Ladenschlusszeiten zu arbeiten, auch wenn sie es gerne wollen.“ Das ist echt der Hohn! Das VG hingegen meint, dass das LadSchlG „das Verkaufspersonal insbesondere vor überlangen Arbeitszeiten schützen und ihm u.a. ein weitgehend zusammenhängendes Wochenende gewährleisten“ soll.

2. hat das VG die Sondergenehmigung des Sozialministeriums als rechtswidrig eingestuft. Eine Begründung für ein besonderes Versorgungsinteresse der Bürger sei vom Sozialministerium weder „substanziell geltend gemacht worden“, noch überhaupt ersichtlich. Zudem sei der Sonntag als Ruhetag verfassungsrechtlich geschützt, insofern sei der § 23 LadSchlG „restriktiv auszulegen“, komme also nur bei wirklich „notstandsähnlichem Mangel an Waren“ zum Tragen, was beim Schleswig-Holstein-Tag nicht gegeben sei. Diese Argumentation ist auch politisch sehr wichtig, weil das VG damit diese Dimension des Rechtsstreits erkannt hat.

LinX: Dennoch hat das OVG die aufschiebende Wirkung eurer Klage dann am 22.9. wieder aufgehoben. Wie wurde das begründet?

K.: Das OVG hatte nicht in der Sache zu entscheiden. Es musste nur abwägen, welche Interessen schwerer wiegen. Dabei ist es voll auf die Argumentation eingestiegen, es gehe nur um unsere Interessen als Arbeitnehmerinnen gegenüber unserem Arbeitgeber. Von der aufschiebenden Wirkung, die uns das VG zubilligte, seien nur wir und unser Arbeitgeber betroffen, nicht aber der Sophienhof als Ganzes. In der Abwägung hat es dann entschieden, dass der verlorene Gewinn, wenn der Laden nicht öffnen kann, weil wir nicht arbeiten, schwerer wiegt als die Beschneidung unseres Interesses, am Sonntag nicht arbeiten zu müssen. Wobei natürlich fraglich ist, ob der Laden am Sonntag wirklich einen Gewinn abwirft, wenn man die Kosten etwa für die Überstunden gegengerechnet.

LinX: Und wie geht es jetzt weiter?

K.: Wie gesagt, das OVG hat nicht in der Sache entschieden. Es ging nur um die aufschiebende Wirkung. Voraussichtlich wird unsere Klage jetzt in eine so genannte Fortsetzungsfeststellungsklage umgewandelt. Bei deren Verhandlung könnte durchaus herauskommen, dass die Öffnung am Schleswig-Holstein-Tag rechtswidrig war. Das wäre ein wichtiges Ergebnis, auch im Nachhinein, damit sich diese Praxis der Aushebelung des Ladenschlussgesetzes über Sondergenehmigungen nicht fortsetzt.

Aber so ein Kampf ist auch ziemlich anstrengend. Da kam z.B. ein Kunde in den Laden und meinte: „Ihr macht also Sonntag nicht auf, das spricht sich in Kiel schnell herum, und dann kauft niemand mehr bei euch.“ Von sowas sind dann auch die anderen Kollegen betroffen, die nicht

geklagt haben. Eine emotional sehr aufgeladene Stimmung, geschürt auch von den Medien, der Ladenschluss sei veraltet, der müsse endlich weg. Als Verkäuferin, die sich dagegen wehrt, gilt man dann plötzlich als ewig gestrig.

Es gibt jetzt in der Bevölkerung so eine Stimmung, dass das Ladenschlussgesetz ein reiner Bürokratismus sei. Kaum noch jemand sieht, dass es eigentlich dazu gedacht ist, uns zu schützen vor einer Flexibilisierung, die überhaupt keine Grenzen mehr kennt. Wenn so mit einem Gesetz umgegangen wird, wie das diese Sondergenehmigungsgeschichte zeigt, beschädigt das auch das allgemeine Rechtsverständnis. Da ist dann ein Gesetz, mit dem man es nicht so genau nehmen muss, für das es fast nur noch Ausnahmen gibt. Und das wird dann auch auf andere Gesetze übertragen, die man nicht will. Die werden einfach durch Nichtbeachtung beseitigt. Das ist wirklich schlimm. Das macht einen wütend.

LinX: Wie wirken sich die immer längeren Arbeitszeiten bis in die Abendstunden für dich persönlich aus?

K.: Das Problem ist die Lebensplanung. Die Arbeitszeiten wechseln ständig. Es ist schwierig, z.B. spontan ein langes Wochenende zu planen, oder auch nur einen Theater- oder Kinobesuch. Zwar werden etwa drei Monate im Voraus die Arbeitszeiten eingeteilt. Aber wenn jemand krank wird, muss man einspringen. Und wenn du selbst krank wirst, hast du ein schlechtes Gewissen gegenüber den KollegInnen, dass jetzt deren Planung über den Haufen geworfen wird.

Viel schwieriger ist auch die Kommunikation im Betrieb geworden. Manche Mitarbeiter, gerade Aushilfen, sieht man nur kurz zur „Übergabe“. Da sind Missverständnisse vorprogrammiert, das wirkt sich negativ aufs Betriebsklima aus, weil nie alle beisammen sind. Sagt z.B. der Chef mir als Abteilungsleiterin: „Sag‘ das mal bitte allen.“ Da ist man dann eine Woche dabei, bis es wirklich bei jedem angekommen ist. Es gibt Aushilfen, die arbeiten im selben Betrieb, aber kennen sich gar nicht, oder nur flüchtig.

Und: Mit den längeren Öffnungszeiten sind natürlich neue Leute eingestellt worden. In einigen Betrieben wurde sogar Personal reduziert. Das heißt, mit weniger Leuten muss man längere Zeiten bewältigen. Das wirkt sich dann so aus: Wenn man zu dritt im Laden steht und einer krank ist, ist man nur noch zu zweit. Da kann dann noch nicht mal eine der beiden auf Toilette gehen, weil: alleine im Laden – das geht einfach nicht.

LinX: Gibt es im Sophienhof zwischen VerkäuferInnen verschiedener Geschäfte einen Austausch über solche Probleme, aus dem sich vielleicht gemeinsames Handeln entwickeln ließe?

K.: Nein, praktisch nicht. Wann sollte man sich auch treffen, um so etwas zu besprechen? Nachts vielleicht? Oder Sonntags? (Lacht) Aber das geht ja nun auch nicht mehr. •

Aktion gegen Ladenschlussbruch:

Mit Gewalt behindert!

Erfurt: Durch Beschluss des Obergerichts Weimar am Freitagabend, dem 29. September, wurde die von der Stadt Erfurt für Dienstag, den 3. Oktober genehmigte Sonderöffnung außer Vollzug gesetzt. VertreterInnen der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen versuchten am 3.10.2000 in und vor den geöffneten Läden sowohl die KundInnen als auch die Beschäftigten über den Rechtsbruch zu informieren. Als gegen 14.30 Uhr in der ersten Etage des Einkaufszentrums Anger 1 der Landesvorsitzende der Gewerkschaft hbv, Angelo Lucifero, Flugblätter verteilen und sein Stellvertreter, Jörg Zimmermann, die KundInnen über Megaphon über den Rechtsbruch informieren wollten, wurden beide vom Sicherheitsdienst daran gehindert. Auf Anweisung des Center-Manager, der unter Alkoholeinfluss stand, drängten drei Sicherheitsdienstler unter Einsatz von Gewalt die beiden Gewerkschafter aus der Verkaufsfläche in das menschenleere Treppenhaus. Beide wurden verletzt und das Megaphon beschädigt. Der Sicherheitsdienst ging sogar soweit, zu versuchen beiden Handschellen anzulegen. Die von der Gewerkschaft hbv herbeigerufene Polizei war erst nach Eingreifen eines Rechtsanwaltes bereit den Beschluss des Obergerichtes umzusetzen und die Geschäfte im Anger 1 zur Schließung aufzufordern. Um 17 Uhr setzte die Gewerkschaft ihre Informations- und Protestaktion im Erfurter Thüringenpark, der ebenfalls gesetzwidrig geöffnet hatte, fort. Auch dort wurde das Recht der Gewerkschaft, Grundgesetz Artikel 9, in den Betrieben zu informieren, durch den Einsatz des Sicherheitsdienstes behindert. Die von der hbv herbeigerufene Polizei war nicht bereit das Urteil des Obergerichtes umzusetzen.

Es ist bezeichnend für den Zustand des Freistaates Thüringen, dass der Oberbürgermeister Ruge das Ladenschlussgesetz als „Müll“; bezeichnet und de facto zum Gesetzesbruch auffordert, dass das Ordnungsamt rechtswidrige Öffnungen ermöglicht, dass das Urteil des Obergerichtes durch Kaufhäuser und -märkte missachtet und von der Polizei nicht daran gehindert werden, dass das Grundrecht der Gewerkschaften in den Betrieben zu informieren sogar mit Gewalt verhindert wird, und das am Tag der Deutschen Einheit. Die DDR ist vor zehn als Unrechtsstaat richtigerweise auf den Müllhaufen der Geschichte gelandet. Manche Thüringer Politiker, Unternehmer und Ämter sind offensichtlich bemüht dieser Spur zu folgen.

Angelo Lucifero, Landesvorsitzender der Gewerkschaft hbv, Thüringen.

Mit Nachfragen wenden Sie sich bitte an:
Angelo Lucifero, 0172 3605751 oder
Jörg Zimmermann, 0171 3301890

Arbeitgeber wieder in die Schusslinie bringen!

Widerstand aus der Perspektive der Betroffenen entwickeln!

Am 20./21.9.2000 fand in Stuttgart eine Konferenz der IG Metall statt, zu der die Abteilungen Tarifpolitik, Gewerkschaftliche Betriebspolitik, Arbeits- und Gesundheitsschutz und die Abteilung Angestellte bundesweit eingeladen hatten. Sachkundige Experten referierten und diskutierten mit den über 100 Betriebsräten über die Frage, wie der immer weiter ausufernden „Entgrenzung sämtlicher Arbeitszeiten“ in wachsenden Bereichen der Metallindustrie mit gewerkschaftlicher und betrieblicher Gegenwehr beizukommen sei. Vertreten waren die Vorreiter-Branchen dieses „Arbeiten ohne Ende“, nämlich die IT-Branche durch Betriebsräte von IBM, Debit, HP, Siemens u.a. Auch Betriebsräte fast aller Automobilkonzerne bzw. der Zuliefererbranche waren gekommen.

Jürgen Peters, 2. Vorsitzender der IGM:
„Wem gehört die Zeit?“

Der stellvertretende Vorsitzende hielt das Einleitungsreferat: Die Verfügung über die Zeit spiegelt das Machtverhältnis in dieser Gesellschaft wider. In einer Broschüre von Gesamtmetall „Arbeitszeit“ werde einer rein auf Kosten orientierten Flexibilisierung das Wort geredet, „unsere eigene Zeitsouveränität wird immer mehr der Marktradikalität geopfert“. Peters wies darauf hin, dass bis 2003 die

IG Metall eine Position zur weiteren Arbeitszeitverkürzung erarbeiten müsse und die Palette der Optionen und Positionen bekanntermaßen sehr breit sei! 2 Eckpunkte wurden genannt: Die Verbindung von Arbeitszeit und Leistungsverdichtung müsse wieder viel mehr ins Blickfeld kommen. Weiterbildung und Qualifizierung sei auch ein Arbeitszeitthema, der individuelle Anspruch auf Qualifizierung während der Arbeitszeit müsse gestärkt werden.

Peters hielt 3 Orientierungspunkte fest:

1. Arbeitszeit muss planbar und in der Lage beeinflussbar sein.
2. Geleistete Arbeit muss erfasst werden.
3. Erfasste Arbeitszeit muss bezahlt oder ausgeglichen werden.

Die Betroffenen müssen anfangen zu verstehen

In den folgenden Vorträgen von Angela Schmidt und Klaus Peters wurde unter verschiedenen Gesichtspunkten untersucht, wie und warum Beschäftigte selbst, gerade auch (aber nicht nur!) in hochqualifizierten Tätigkeiten wie Entwicklung oder Vertrieb alle bestehenden gesetzlichen, tariflichen oder betrieblichen Schranken niederreißen, ohne Ende arbeiten und ihre Gesundheit ruinieren.

Angela Schmidt plädierte dafür, als „außenstehende“ Betriebsräte oder Ge-

werkschafter diese Mitarbeiter nicht für verrückt zu erklären, sondern zu versuchen, welche neuen Managementmethoden hier am Wirken sind. Im Kern handelt es sich um Methoden der indirekten Steuerung, bei denen vermittelt über höhere Autonomie und Selbständigkeit die Marktmechanismen ungebremst auf die Beschäftigten prallen.

Dabei kann es nicht darum gehen, das alte „Kommandosystem“ der Fabrikorganisation zu verteidigen und als Betriebsräte die gestiegene Selbständigkeit von solchen Beschäftigten zu beklagen oder gar bevormunden zu wollen.

Der IBM-Betriebsratsvorsitzende Glissmann arbeitete eindringlich heraus, dass wir als Interessensvertreter der Beschäftigten uns dabei auf einer ständigen Gradwanderung befinden, auf der wir schnell Gefahr laufen, in zwei Fällen zu treten:

Erstens: Der Arbeitgeber wird zum Verteidiger der Selbständigkeit der Beschäftigten und singt das Hohelied der Autonomie, während Betriebsräte in Konfrontation und Streit mit den Beschäftigten geraten, die sich reguliert und überwacht fühlen. Schlussfolgerung: Begrenzende Regelungen sind auch weiterhin dringend erforderlich, sie werden aber nur greifen, wenn die Betroffenen selbst zur Erkenntnis kommen, dass ihre

Systembruch in der Sozial- und Rentenpolitik

Der Passivität der
Gewerkschaften
entgegentreten

Liebe Kollegin, lieber Kollege,

eine grundlegende Änderung des Rentensystems, ein neues Betriebsverfassungsgesetz, neue gesetzliche Regelungen zur Teilzeitarbeit und befristeten Arbeitsverträgen: es droht eine rot-grüne Großoffensive zum Ab- und Umbau des Sozialsystems, deren Folgen auch auf die Tarifpolitik auswirken werden.

Und was machen die Gewerkschaften? Die leisen Proteste bewegen sich zwischen Bemühungen um Kuhhandel und Unterschriftensammlungen – eine Passivität, die die Krise der Gewerkschaften drastisch zu verschärfen droht.

Hat die Gewerkschaftslinker dazu nichts zu sagen? Doch! Deshalb haben wir das 3. Treffen der Gewerkschaftslinken unter das Motto der sozialpolitischen „Reformen“ gestellt und laden herzlichst zur regen Teilnahme ein.

Der Arbeitsausschuss

Einladung zum
3. bundesweiten Treffen
der Gewerkschaftslinken
am 27./28. Oktober 2000
in der
Johann-Wolfgang-Goethe-
Universität
in Frankfurt am Main

Programm

Freitag, 18:00 Uhr, Thema: „Sozial- und Rentenpolitik in der Bundesrepublik“

Referenten:

- Irmgard Meyer, Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstandes der IG BAU
- Rainer Roth, FH Frankfurt
- Martin Künkler, Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen.

Samstag, 10.00 Uhr, in drei Foren werden folgende Themen behandelt:

1. Gegen Privatisierung und Börsenwahn in der Alterssicherung – für eine solidarische Rentenversicherung
 - Referent: Andreas Bachmann
 - Moderation: Mag Wompel
2. Arbeitsmarktpolitik: Niedriglohn und Arbeitszwang als Preis für mehr „Beschäftigung“
 - Referentin: Christa Sonnenfeld, Arbeitsausschuss Komitee für Grundrechte und Demokratie
 - Moderation: Mathias Künkler

3. Tarifpolitik als Notaufnahme der Sozialpolitik hat keine Zukunft!

- Referent: Bernd Riexinger, Gewerkschaft HBV, Stuttgart
- Moderation: Tom Adler

Danach Berichte aus den Arbeitsgruppen im Plenum und Diskussion. Abschließend wollen wir dann noch aktuelle Fragen diskutieren, wie zum Stand der Gründung von Ver.di u.a.

Organisatorisches

- Der Teilnehmerbeitrag beträgt DM 30,—
- Wegen Übernachtungen bitten wir unsere Frankfurter Kolleginnen und Kollegen umgehend um Mitteilung, wer Schlafplätze zur Verfügung stellen kann.
- Übernachtungsmöglichkeiten können auch im Haus der Jugend, Deutschherrnrufer 12, Telefon 069/6100150 bestellt werden.
- Anmeldungen für die Teilnahme können ab sofort erfolgen. Die TeilnehmerInnen erhalten dann den genauen Ablauf und die Reisebeschreibung zugeschickt.
- Materialien zur Vorbereitung der Tagung können im LabourNet Germany abgerufen werden unter
- <<http://www.labournet.de/GewLinke/>>. Dort können auch bis zur Tagung Diskussionsbeiträge veröffentlicht werden.

Zeit ihr Leben ist und dauerhafte Überarbeit ihre Gesundheit ruiniert. Oder anders ausgedrückt: Ohne Innehalten und Selbsterkenntnis der Beschäftigten haben Gewerkschaften und Betriebsräte keine große Chance, diese Managementmethode der indirekten Steuerung zu durchkreuzen.

Die zweite Falle besteht darin, als Betriebsrat Regelungen zuzustimmen, die letztendlich im Sinne der Kapitaleseite wirken. Hierzu gehören z.B. die Vertrauensarbeitszeit oder auch die alleinige Steuerung über Zielvereinbarungen, womöglich auch noch entgeltwirksam.

Glissmanns Fazit aus 8 Jahren Arbeit und Diskussionen bei IBM: nur wenn wir die Frage der Arbeitszeitregelungen aus der Perspektive der Beschäftigten aufgreifen und den Arbeitgeber, der hinter dem Prinzip der Autonomie und indirekten Steuerung völlig zu verschwinden droht, wieder in die Schusslinie bringen, können wir Erfolg haben. Betriebsräte haben dabei neben der Vereinbarung von Begrenzungen vor allem auch die Aufgabe, die öffentliche Diskussion und Verständigung innerhalb der Beschäftigten zu organisieren und zu fördern. Auf dieser Basis haben sich bei IBM z.B. eindeutige Mehrheiten, auch bei den AT-Angestellten, für Beibehaltung bzw. Wiedereinführung von Zeiterfassung ausgesprochen. Es geht darum, die tatsächlich gestiegene Selbstständigkeit von Beschäftigten dem Zugriff der Arbeitgebersteuerung zu entziehen und für einen echten Fortschritt in der Vertretung ihrer eigenen Interessen zu nutzen.

Stress und psychische Belastungen ein Schwerpunkt für arbeitsmedizinisches Handeln

Zu diesem Gesichtspunkt referierte Uwe Lenhard von Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, spezialisiert auf arbeitsbedingte Gesundheitsgefährdungen. In der von ihm geleiteten Arbeitsgruppe wurden zum Teil erschütternde Zustände geschildert: so berichtete ein Betriebsrat aus der Entwicklung bei Ford, dass in den letzten Jahren zwei Mitarbeiter mit 31 Jahren einen Hörsturz (Tinitus) erlitten haben, es einen ein Herzinfarkt am Arbeitsplatz gegeben hat und einen Selbstmord eines Testfahrers, der in seinem Abschiedsbrief den unerträglichen Arbeitsdruck als Grund benannt hat.

Zum Abschluss waren sich die Teilnehmer einig: das Thema „Arbeiten ohne Ende“ muss ein Schwerpunkt der IGM werden und der Erfahrungsaustausch, wie auf dieser Konferenz begonnen, muss unbedingt ausgebaut werden, auch gegen gewisse Widerstände von Vertretern innerhalb der Organisation, denen dieser „neue“ Politikansatz zur Förderung der Selbsttätigkeit von Beschäftigten (statt Stellvertreterpolitik!) nicht geheuer ist und die ihre Co-Management-Konzepte dadurch eher gefährdet sehen!

maab/an/az

Vertrauensarbeitszeit:

Herausforderung an eine moderne Betriebspolitik

Was ist der richtige Umgang mit Vertrauensarbeitszeit im Betrieb? Hilfreiche Diskussionsanstöße zu diesem noch relativ neuen Fragenkomplex vermittelt ein neuer Leitfaden der IG Metall. Herkömmliche Stellvertreterpolitik läuft hier ins Leere. Im wesentlichen geht es darum, das eigenverantwortliche Handeln der Beschäftigten zu fördern.

Vertrauensarbeitszeit, von Arbeitgebern nach außen gerne als entscheidender Schritt in das Reich der Freiheit für die Beschäftigten gelobt, erweist sich in der Praxis gewöhnlich als effektiver Hebel für moderne Selbstausbeutung, und das ist auch so gewollt. Nach Abschaffung der Zeiterfassung im Erlanger Siemens-Werk z.B. ergab eine Befragung: Zwei Drittel der Beschäftigten (64%) arbeiteten länger als vorher, 47% überblickten ihre Arbeitszeit weniger, 40% verspürten Leistungsverdichtung.

Aus gewerkschaftlicher Sicht bedeutet Vertrauensarbeitszeit faktische Arbeitszeitverlängerung, mehr Selbstausbeutung, Arbeitsverdichtung, höhere psychische Belastungen.

Bei dieser Einsicht setzt ein neuer Leitfaden der IG Metall an. Denn: Vertrauensarbeitszeit ist zwar abzulehnen, gleichwohl aber häufig nicht zu verhindern. Was in der betrieblichen Praxis häufig noch fehlt, sind überzeugende Handlungsstrategien. Hierfür zwar keine fertigen Rezepte, aber Denkanstöße und Ideen zu entwickeln, ist einer der großen Vorzüge dieses Leitfadens.

Länger arbeiten – ein allgemeiner Trend

Vertrauensarbeitszeit ist zwar bisher erst bei einer Minderheit von Betrieben anzutreffen, am häufigsten in der Branche der modernen Informationstechnologien. Sie kann aber sicherlich als Vorboten eines breiteren Trends der Flexibilisierung von Arbeitszeiten gesehen werden, mit teilweise erheblichen (neuen) Gesundheitsrisiken. Andrea Fergen, Klaus Pickshaus und Stefan Schaumburg, die die Broschüre verfasst haben, schreiben ganz richtig: Ein einfaches 'Zurück zur Stechuhr' würde als Antwort zu kurz greifen. Bedürfnisse nach Zeitautonomie der Beschäftigten sind ebenso wie Gesundheitsverträglichkeit der Arbeitszeitgestaltung unverzichtbare Kriterien für betriebspolitisches Handeln. Gestaltungsalternativen und Regelungsmodelle müssen sich daran messen lassen.

Und noch ein wichtiger Punkt: Ob Vertrauensarbeitszeit oder nicht – auf jeden Fall haben sich die faktischen Arbeitszeiten auch ohne Vertrauensarbeitszeitmodelle in vielen Bereichen längst weit von den tariflichen Bestimmungen entfernt. Die Arbeitszeiten werden insgesamt in der Tendenz länger, und sie werden stärker flexibilisiert (vgl. Arbeit &

Ökologie-Briefe 17/2000, Seite 2; 24/1999, Seite 7; 20/1999, Seite 5; 19/1999, Seite 3) – wobei in der Regel ausschließlich die Produktivitätsinteressen der Betriebe der Maßstab sind. Mit diesem Problem sind längst nicht mehr nur Minderheiten von Betriebsräten und Beschäftigten konfrontiert.

Eigene Leitbilder für Umgang mit der Zeit

Wie mit Vertrauensarbeitszeit umzugehen ist, wird unter GewerkschafterInnen und Betriebsräten seit längerem intensiv diskutiert (vgl. Arbeit & Ökologie-Briefe 13/2000, Seite 13); erste Schlussfolgerungen für die Praxis gibt es schon (vgl. Arbeit & Ökologie-Briefe 2/2000, Seite 11). Die bisherigen Antworten fallen unterschiedlich aus. Konsens besteht aber darin, dass es unerlässlich ist, die Beschäftigten zu sensibilisieren und sie zu ermuntern und zu befähigen, ihre Eigeninteressen wahrzunehmen – denn ohne das greifen auch die Regelungsalternativen nicht.

Zum einen wird es angesichts des massiven betrieblichen Flexibilisierungsdrucks unabdingbar, diesem eigene Kriterien und Leitbilder einer betrieblichen Zeitpolitik im Interesse der Beschäftigten entgegenzustellen. Zu diesen Leitbildern gehören die Gesundheitsförderlichkeit der Arbeitszeitgestaltung und die Bedürfnisse der Beschäftigten nach Zeitautonomie.

Am Anfang einer jeden praktischen Initiative muss, so die Erfahrung, die Auseinandersetzung der betroffenen Beschäftigten und der betrieblichen Interessenvertretung mit den neuen indirek-



ten Steuerungsstrategien stehen. Das ist schon deswegen unerlässlich, weil Vertrauensarbeitszeit u.ä. Managementkonzepte von vielen Beschäftigten ambivalent beurteilt werden: einerseits als Zuwachs an Selbständigkeit, andererseits immer mehr Maßlosigkeit von Arbeit. Als geeignete Formen der Problembearbeitung nennt der Leitfaden u.a.:

- Befragungen der Beschäftigten. So gab es z.B. am größten Siemens-Standort in Deutschland in der Auseinandersetzung um die geplante Abschaffung der Zeiterfassung eine Befragung, in der 13.000 Beschäftigte (90% der Angestellten) für die weitere Zeiterfassung votierten. Das griffige Argument der Betriebsräte: Wenn schon, dann wirklich Vertrauen gegen Vertrauen, wechselseitig: Wenn Siemens also Vertrauensarbeitszeit will, soll die Firma auch Vertrauensgehalt geben. Die Beschäftigten dürfen dann selbst entscheiden, wieviel sie monatlich brauchen.
- Betriebsöffentliche Diskussionen zum Thema unter Nutzung von Internet und Intranet: dies gehört zu deren Kernaufgaben der Auseinandersetzung und ist die unverzichtbare Basis für die Sensibilisierung der Beschäftigten. So stellte z.B. der Betriebsrat des Düsseldorfer IBM-Unternehmens anonymisierte Fallschilderungen ins Intranet mit der Aufforderung zum Feedback. Die Resonanz war groß (vgl. Arbeit & Ökologie-Briefe 7/1999, Seite 10 und 13/1998, Seite 11).
- Wichtig sind auch Betriebs- und Abteilungsversammlungen oder zusätzliche Informationsveranstaltungen z.B. zu Gesundheitsschutz und Stress (mit Medizern) oder zu den rechtlichen Möglichkeiten der einzelnen Beschäftigten (z.B. mit Juristen).

Gefährdungsbeurteilung nutzen

Eine Basis für Handlungsmöglichkeiten im Betrieb bietet auch das Arbeitsschutzgesetz mit der vorgeschriebenen Ermittlung und Beurteilung der Arbeitsbedingungen. Nach § 5 Arbeitsschutzgesetz müssen nämlich die Gestaltung der Arbeitsverfahren, -abläufe und der Arbeitszeit in die Gefährdungsbeurteilung mit einbezogen werden, weil von ihnen auch Gesundheitsrisiken ausgehen können. Was wir letztenendes brauchen, heißt es abschließend in dem Leitfaden, ist eine breite und offensive Debatte über die Zukunft der Bedingungen unserer Arbeit.

Internet-Diskussion über Arbeiten der Zukunft

Das DGB-online forum-telearbeit bietet derzeit eine Plattform, um Fragen der Arbeitszeitgestaltung und des Umgangs mit dem „Arbeiten ohne Ende“ zu diskutieren. Die teilweise kontroversen Wortmeldungen liegen in Kurzfassungen vor und können auch im vollständigen Wortlaut nachgelesen werden.

Eine Diplompädagogin, die namentlich nicht genannt werden will, schreibt:

„Ich arbeite weit mehr als 40 Stunden und muss mein bisschen Freizeit trotzdem noch verteidigen. Der Arbeitgeber verlangt bedingungslosen Einsatz, Mitarbeiter konkurrieren miteinander, bis sie irgendwann unter der Last der Arbeit zusammenbrechen.“

Peter Áldozó, Betriebsrat in Burghausen, schreibt: „Der Arbeitgeber bietet Abschaffung der Zeiterfassung an – nur auf den ersten Blick eine soziale Wohltat: Die Entkoppelung von Leistung und Zeit führt zur Arbeitsverdichtung. Außerdem werden die recht guten Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte in Arbeitszeitfragen ausgehebelt.“ Hartmut Scherrer, Technologie-Consultant und Betriebsrat bei Siemens München, plädiert dafür, die Zeiterfassung beizubehalten: „Flexible Arbeitszeiten schaffen neue Probleme. Um den ständige Rechtfertigungszwang zu umgehen, ist die nachvollziehbare Erfassung der Arbeitszeit weiterhin notwendig.“

Betriebsrat Klaus-Dieter Gilgenbach konstatiert bei Zielvereinbarungen eine Art unternehmerische Wegwerfmentalität: „Wenn Ziele nicht erreicht werden, wird umorganisiert, ausgelagert und desinvestiert. Es bleibt einfach keine Zeit, sich um die Ursachen zu kümmern. Heute wird nicht mehr repariert – wegwerfen und neu kaufen ist wirtschaftlicher.“

Ihm widerspricht Astrid Weitz, Consultant und Arbeitswissenschaftlerin: „Zielvereinbarungen funktionieren doch! Ich behaupte, dass gerade die Schwächeren von MBO (management by objectives) profitieren werden.“ Gilgenbach hält dagegen: „Zielvereinbarungen funktionieren nur in der Theorie! Auf der Strecke bleiben die Schwächeren der Arbeitsgesellschaft.“

IG Metall-Arbeitsschutzexperte Klaus Pickshaus, von dem die Vorgabe für die Diskussion stammt, verweist auf ein zentrales praktisches Problem: „Stellvertretende Schutzpolitik läuft ins Leere. Förderung eigenverantwortlichen Handelns der Beschäftigten wird zur zentralen Aufgabe.“

(siehe Internet unter: www.forum-arbeit.de/Forum/Management/default.html)

Weitere Informationen:

Die von Andrea Fergen, Stefan Schaumburg und Klaus Pickshaus verfasste Broschüre „Vertrauensarbeitszeit – Reich der Freiheit oder moderne Selbstausbeutung?“ hat 61 Seiten und liegt als Band 6 in der „Grünen Reihe“ der IG Metall vor. Sie ist zum Einzelpreis von 3,95 Mark plus MwSt. und Versand erhältlich bei:

Union-Druckerei,
Theodor-Heuss-Allee 90-98,
60486 Frankfurt/Main,
Bestellfax: 069/79 52-242.

http://www.igmetall.de/gesundheit/arbeit_oe-kologie/20_03.html

BDI: Reformfähigkeit der Regierung wird überschätzt.

– HB, Montag, 25.9.2000. – Eine radikale Politikumkehr am Arbeitsmarkt hat BDI-Chef Henkel gefordert. Die hohe Arbeitslosigkeit nannte Henkel das bisher traurigste Kapitel der bisher zweijährigen Regierungstätigkeit von G. Schröder, der neue Regulierungen und bürokratische Hürden aufgebaut habe, nachdem zaghafte Reformen der Vorgänger-Regierung bei der Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall, beim Kündigungsschutz und bei der Patienten-Selbstbeteiligung im Krankheitsfall stattgefunden hätten. Nun drohten durch die von Bundesarbeitsminister Riester geplanten Erweiterungen der betrieblichen Mitbestimmung und des Rechts der Arbeitnehmer auf Teilzeitbeschäftigung neue Regulierungen. „So schafft man keine Arbeitsplätze, sondern macht notwendige und mögliche Einstellungen von Arbeitnehmern faktisch unmöglich“, kritisierte er.

Henkel: Wirtschaft tut alles, um rechtsextreme Strömungen zu unterbinden.

– HB, Donnerstag, 5.10.2000. – Der BDI-Präsident H.-O. Henkel äußerte, rechtsextremistische Elemente in Betrieben würden auch mit Hilfe der Betriebsräte sehr schnell ruhig gestellt.

Private Jura-Uni gegründet.

– HB, Mittwoch, 4.10.2000. – Mit einem Festakt im Hamburger Rathaus wurde die erste private Jura-Universität eröffnet. Die „Bucerius-Law-School“ wird von der Zeit-Stiftung finanziert und gefördert. 100 Studenten wurden unter 500 Bewerbern ausgewählt und beginnen ihr dreijähriges Studium. Nach Auffassung des Präsidenten der Law-School ist eine juristische Staatsprüfung und eine staatliche Lenkung der Juristenausbildung verzichtbar. Finanziert wird das Studium zu 1/3 aus Studiengebühren, 2650 DM pro Semester – ein weiteres Drittel werden – so hofft man – Sponsoren übernehmen. 70 % der Studenten zahlen die Gebühren selbst, 25 % haben sich für einen „Generationenvertrag“ entschieden: Sie verpflichten sich, zehn Jahre lang 8 % ihres Einkommens, maximal 100 000 DM, an die BLS zu zahlen. Die Alfred-Krupp-Stiftung will den Lehrstuhl für deutsches, europäisches und internationales Recht komplett finanzieren. Die Sozietät Hengeler-Mueller hat eine großzügige Spende zugesichert, mit der die Bibliothek aufgebaut und unterhalten werden soll. Auf die Auswahl der Professoren und Lehrinhalte haben die Sponsoren keinen Einfluss betont der Präsident.

Presseauswertung: rst

10 Jahre nach dem Anschluss:

PDS – Ostpartei – Westpartei

Verschiedene Äußerungen der Parteispitzen, die im Zusammenhang mit der Neuwahl des Fraktionsvorsitzenden und der Vorbereitung des Cottbuser Parteitag in die bürgerliche und in die parteinahe Presse gelangten, irritieren Mitglieder und Anhänger der Partei.

Es geht um die Funktionsbestimmung der Partei: Gegenüber anderen Parteien, insbesondere der SPD, und betreffend die Beziehung zwischen Parlamentsfraktionen und Partei. Aus den Personalvorschlägen für den neuen Vorstand ergibt sich ein Führungsanspruch der parlamentarischen Abteilung. Im Folgenden wird versucht, Argumente zur Erklärung von Trends beizusteuern, die im Westen Kopfschütteln auslösen.

Die Diskriminierungspolitik der BRD im Zuge des Anschlusses schloss viele Anhänger des demokratischen Sozialismus von Berufschancen im öffentlichen Dienst und in der Wirtschaft aus. Sie wurden in die freien Berufe bzw. in das Kleinunternehmertum gedrängt. Verstärkt wurde dieser Trend durch die Deindustrialisierung. In den Ostländern hat der Kampf gegen die gesellschaftliche Diskriminierung von Sozialisten, gegen die Deindustrialisierung der Region, für die Entwicklung einer tragfähigen Infrastruktur einen glasklaren inneren Zusammenhang und politischen Vorrang. Das ist anders als im Westen, und dass es anders ist, zeigt sich an den schwelenden und an jedem Parteitag aufflackernden Konflikten in Fragen der Arbeitsschutzgesetzgebung und der gewerkschaftlichen Tarifgestaltung. (Vorbehalte gegen Lohnausgleich, Ladenschluss, grimmiger Hass wegen teurer Kreditzinsen, die als Haupthindernis für die Entwicklung erscheinen.)

Zudem müssen Unterschiede beachtet werden, die sich aus der politischen Tradition ergeben. Die Ost-PDS ist aus der SED hervorgegangen. Sie SED ist Produkt einer Vereinigung von KPD und SPD unter dem Zwang der Umstände und der Vorherrschaft der KPD, die sich dabei auf die internationalen Kräfteverhältnisse mehr als etwa auf die Meinungsführerschaft in der Bevölkerung stützte. Die Herauslösung der Ost-SPD aus diesem Zusammenhang im Zuge der Wende ergab sich ebenfalls aus einer Änderung der internationalen Kräfteverhältnisse und wurde von der breiten Mehrheit der heutigen PDS-Mitglieder als Verlust erlebt und nicht als notwendige Differenzierung. Und so ist die politische Praxis der Ost-PDS an der Basis, in den Kreisen, in den Ländern von dem Streben nach Zusammenarbeit mit der bzw. Anerkennung durch die SPD geprägt. Da wird jeder Händedruck, jedes gemeinsame Essen

genauestens registriert und strategisch ausgedeutet.

Soweit man nun vom Vorrang der oben skizzierten Hauptaufgaben ausgeht, ist das auch vernünftig. Als wesentliche Differenz tritt da nur die Haltung zum früheren bzw. künftigen Sozialismus bzw. zur Diskriminierung der Sozialisten auf.

Die Westlinke hingegen hat sich in einem jahrzehntelangen Prozesse aus der ideologischen Hegemonie einer staatstragenden Sozialdemokratie herausgelöst, in Kämpfen, in denen die – oft regierende – SPD den Widerstandsbewegungen der Zeit die Dominanz der Kapitalinteressen aufzuherrschen strebte. Das ist eine Konstellation, die für Probleme en masse sorgt („Sektierer“! „Anpasser“!)

Meiner Meinung nach ergeben sich viele Züge der Politik der Ost-PDS aus der Vorstellung, dass die praktische Politik zu einer Konvergenz von SPD und PDS führen sollte, müsse, werde. In der öffentlichen Meinung spürbar, auszumachen aber vor allem in den Institutionen, namentlich in den Kommunen und den Ländern, in einer über das Parlamentarisch-Koalitionäre hinaus verfestigten Zusammenarbeit. Eine solche Zusammenarbeit zeichnet sich nicht nur in einer Vielzahl wirtschaftlicher und sozialer Fragen ab, sie stellt sich auch als Möglichkeit und Notwendigkeit bei der Abwehr der faschistischen Tendenzen dar.

Oberflächlich betrachtet stehen nur zwei Hindernisse dieser im Osten heiß gewünschten Entwicklung im Wege. Das eine ist, wie oben schon einmal gesagt, die Diskriminierung der demokratischen Sozialisten und hier kann die SPD leicht was tun und tut es auch. Das andere ist die Militarisierung der Außenpolitik der BRD und damit verbunden die Militäreinsätze. Und an diesem Punkt ist es dann auch zum Konflikt gekommen. Mit der PDS und in der PDS. Der in Münster gescheiterte Vorstandsantrag hätte die Funktion gehabt, die Klüfte, die in dieser Frage zwischen der SPD und der PDS sichtbar wurden, ir-

gendwie zu überbrücken. Und dieses Bedürfnis ist stark. Nur so ist es erklärlich, dass die Partei jetzt – jedenfalls bis jetzt – zulässt, dass die Frage auf dem Cottbuser Parteitag unter der Hand neu entschieden wird: nämlich personalpolitisch, der neue Vorstand wird mit überwältigen Mehrheit von Kritikern der Münsteraner Beschlussfassung gestellt werden. In der Folge wird sich die strategische Differenz zwischen PDS und SPD als Differenz zwischen „PDS-Basis“ und „Führung“ darstellen und, einmal in diese Form gebannt, einer sachlichen Debatte kaum noch zugänglich sein.

Für die West-PDS, ihre Mitglieder und Freunde, aber auch für die Wählerschaft wird diese Entwicklung nicht leicht zu verkraften sein. Hier ist unübersehbar, dass die SPD sich als ein Teil der herrschenden Ordnung begreift und den Widerstand, der durch die Kapitaldominanz sämtlicher gesellschaftlicher Verhältnisse ausgelöst wird, notwendig und immer wieder vor den Kopf stößt. Die West-PDS, die mit der Linken in ihrer breiten Vielfalt durch die Zusammenarbeit in den verschiedenen Widerstandsbewegungen verbunden ist, beruht auf



Antifaschismus als ostwestübergreifende Gemeinsamkeit

der Kritik dieser Dominanz. Sie kann eine sichere parteipolitische Behausung bei der SPD nicht finden; ebenso nicht bei den Bündnisgrünen, die sich von Mittelstandsinteressen leiten lassen.

Die Perspektive der Konvergenz von SPD und PDS (nebenbei gehört dazu auch noch die Vorstellung, dass die Bündnisgrünen in einer solchen Bewegung irgendwie ganz verschwinden) würde, total gesetzt, der West-PDS den Boden unter den Füßen wegziehen. Je deutlicher sie hervortritt, um so mehr wird sich die West-Linke von der PDS ab- und politischen Schwerpunktbewegungen zuwenden. Im Spektrum der Organisationen werden die traditionell fundierten Richtungen erstarken und die ohnehin zaghaften Ansätze zur Weiterentwicklung der sozialistischen Theorie stocken. Die West-PDS kann sich unter solchen Bedingungen nicht zu einer Mitgliederpartei entwickeln, die, mit dem gesellschaftlichen Widerstand verbunden, Kritik und Reformkonzepte gegen die Kapitaldominanz entwickelt.

Fazit: 10 Jahre nach dem Anschluss ist die Funktion der PDS für Mitglieder und Wähler im Osten erkennbar anders als für Mitglieder und Wähler im Westen. Die Verschiedenheit der Funktion lässt sich bei törichter Handhabung bis zum innerparteilichen Gegensatz steigern. Dies muss allerdings nicht sein.

Erstens kann die Partei die Politikfelder, auf denen die Verschiedenheiten nicht so stark hervortreten, sorgfältig pflegen und entwickeln; die antifaschistischen und antimilitaristischen Momente sind ost-west-übergreifend eine tragende Gemeinsamkeit.

Zweitens könnte die parlamentarische Politik für die Kritik und den Widerstand, der in der Gesellschaft besteht, nicht nur offen sein, sondern versuchen, dessen Interessen und Meinungen in die legislativen Arbeit und, und! in die innerparteilichen Meinungsbildung einzubringen.

Drittens wäre in der stockenden Programmdiskussion etwas zu sagen über das „Nebeneinander der Eigentumsformen“, binnenwirtschaftlich und weltwirtschaftlich. Wie sieht eine Politik aus, die in der Weltwirtschaft Entwicklungschancen lässt? Wie eine Politik, die binnenwirtschaftliche Kommunal- und Genossenschaftswirtschaft fördert? Und: Hat die PDS in dieser Hinsicht was erreicht? Und was? Und wo?

Wenn die designierte Vorsitzende die unverständliche und unklare Sprache politischer Erklärungen kritisiert (siehe PB 20), verkennet sie ihre künftige Funktion. Sie wird da ja interpretieren müssen, was an sie herangetragen wird, und wenn es mal schwer zu verstehen ist, kann das an mancherlei liegen: Der Sachverhalt kann unklar sein, aber schon als Problem drängen. Da muss gesprochen werden und es wird unklar zugehen. Oder die Person, die spricht, kann einen klaren Sachverhalt nicht klar ausdrücken. Oder

die Person, die zuhört oder zuhören sollte, kann einen überwiegend klar geäußerten Sachverhalt hauptsächlich wegen eigener Unklarheiten oder Unaufmerksamkeit nicht auffassen. – Meistens ist ja von allem ein bißchen gegeben, und schon deswegen versteht sich die PDS diskursiv; im Unterschied zu den Kirchen und Sekten, denen einen Offenbarung gegeben ist, die sie nur noch volksnah verkündigen müssen.

Verkehrspolitik

Thesen zur Kraftstoffdebatte

Von Winfried Wolf, MdB

Die Energiepreissteigerungen bringen zweifellos ungerechtfertigte soziale Belastungen mit sich. Sie sind jedoch auch eine Chance für eine offensive gesellschaftspolitische Debatte.

Diese Chance darf nicht vertan werden, wie dies mit den neuen Entscheidungen der SPD-Grünen-Regierung vom 21. September 2000 droht.

In der gegenwärtigen breiten gesellschaftlichen Debatte um den Anstieg der Ölpreise werden zu Recht die vielen negativen Folgen und Gefahren, die mit dieser Entwicklung verbunden sind, betont. Diese Sorgen müssen ernst genommen werden, auch wenn sie gleichzeitig den demagogischen Charakter mancher Debatten-Beiträge seitens CDU, CSU, FDP, des ADAC und des Speditionsgewerbes unterstreicht.

Fast niemand führt aber eine offensive Diskussion über eine Energie- und Verkehrswende. Vielmehr wird je nach Druck der Lobbys reagiert. Das gilt auch für die Beschlüsse der Bundesregierung vom 21. September, wonach die Kilometerpauschale in eine Entfernungspauschale umgewandelt und von 0,70 auf 0,80 DM angehoben wird. Wie noch nachgewiesen wird, hilft das dem öffentlichen Verkehr wenig; in einigen Bereichen kann dies diesem schaden und zu noch mehr Pkw-Pendler-Verkehr führen.

Wir erleben eine stoffliche Konzentration der Weltwirtschaft auf Öl, Auto und Flugzeug.

Damit wurde die Weltökonomie in eine Abhängigkeit gebracht, die ökonomisch gefährlich ist und mit der wiederkehrenden (Energie-) Krisen heraufbeschworen werden.

Die weltweite gesellschaftliche Produktion wird heute mehr denn je bestimmt von Öl und Ölverarbeitung und den damit eng zusammenhängenden – weil von Rohölderivaten „angetrieben“ – Industrien Fahrzeugbau, Flugzeugbau/Raumfahrt und Reifen. Die Rüs-

Wenn es zutrifft, dass die Funktion der Ost-PDS von der Funktion der West-PDS auch zehn Jahre nach dem Anschluss unterschieden ist, dann sind nicht nur die alten Biografien unterschiedlich, sondern auch das tagtägliche aufs neu zur Biografie verfestigte Erleben, und dann wird sich Verständigung doch notwendig nur auf einem eher abstrakten Niveau finden lassen?

maf

tungsindustrie kann hier hinzugerechnet werden, denn sie hängt eng mit Flugzeugbau/Raumfahrt und Autoindustrie zusammen und ist in erheblichem Maße ebenfalls von Flugbenzin und Kerosin abhängig.

Bei den jeweils 20 größten Industriekonzernen der USA, Japans oder Westeuropas liegt der Umsatzanteil, der auf diese Sektoren entfällt, zwischen 44 (Japan), 58 (USA) und 69 Prozent (Westeuropa). Wenn wir die 100 größten Industriekonzerne der Welt wählen, dann machen diese Bereiche 54 Prozent des gesamten Umsatzes dieser Gruppe, die maßgeblich die Weltwirtschaft bestimmt, aus. Andere Sektoren, auch diejenigen, die als „New Economy“ für viele Schlagzeilen sorgen, fallen demgegenüber weit zurück. Der addierte Bereich der Elektro-, Elektronik- und Computer/Software-Branche bringt es gemessen am gesamten Umsatz der 100 größten Konzerne „nur“ auf einen Anteil von 27 Prozent.

Das heißt: Die Weltwirtschaft wird geschmiert mit Rohöl. Liegt der Preis je Barrel niedrig, wie das 1992 bis 1999 der Fall war, dann stimuliert dies das Wachstum. Damit werden – wenn die Politik nicht eingreift – jedoch auch Alternativen zur „Öl- und Auto-Gesellschaft“ aus dem Blickfeld und weg von jedem investiven Interesse gerückt.

Umgekehrt: Steigt der Rohölpreis, wie 1973/74, 1979/80 oder 1990/91, dann gibt es erhebliche Bremsspuren in der Weltkonjunktur. Ein zu hoher Weltmarktpreis für Öl und ein zu knappes Angebot kann einem Kolbenfresser für die Weltökonomie gleichkommen. Die Rezessionen und Krisen, die es 1974/75, 1980-82 und 1990/92 gab, waren im Vorfeld mit einem zum Teil massiven Anstieg der Rohölpreise verbunden.

Die Ursachen für die stark gestiegenen Energiepreise sind vielfältig.

Die Ökosteuern spielen dabei eine geringe Rolle.

Der Anstieg der Energiepreise, den es seit Anfang 2000 gibt und an dessen Basis die Verdreifung des Rohölpreises liegt, ist nur die Wiederkehr periodisch in

vergleichbarem Umfang schwankender Rohölpreise. Diese Preisbewegungen gibt es seit Mitte der 70er Jahre. Sie sind typisch für ein knappes Gut, von dem die Weltwirtschaft wie beschrieben abhängt und bei dessen Förderung und Weiterverarbeitung es eine enorme Konzentration auf wenige Länder und Konzerne gibt. Es sind im wesentlichen vier Faktoren, die dem Ölpreisanstieg zugrunde liegen:

Erstens gibt es konjunkturell eine relative Knappheit von Rohöl gemessen an der boomenden Weltwirtschaft. Der Hintergrund ist dabei die Endlichkeit aller Rohölvorräte. Relativ ist diese Knappheit, weil die OPEC-Länder seit zweieinhalb Jahrzehnten sich auf feste Förderquoten einigten, um den Rohölpreis nicht ins Bodenlose sinken zu lassen. Relativ ist die Knappheit auch, weil ein wichtiges Ölförder- und OPEC-Mitgliedsland, der Irak, seine Förderquote wegen des Embargos nicht realisieren darf. In dieser spezifischen Konstellation kommt dem größten Ölförderland Saudi-Arabien die Funktion zu, den Rohölpreis in erheblichem Maß zu bestimmen. Saudi Arabien wiederum ist eng mit der US-Regierung und mit den US-Ölkonzernen verbunden.

Zweitens gibt es in kaum einem anderen Bereich der Weltökonomie eine solche Kapitalkonzentration wie in der Ölverarbeitung. Ein halbes Dutzend Ölkonzerne kontrollieren den größten Teil des Weltmarkts der Ölverarbeitung. Diese partizipieren in erheblichem Umfang durch steigende Profite am Anstieg der Rohölpreise.

Drittens drückt sich in der Verteuerung der Ölpreise die Verbilligung des Euro (mit) aus. Da Rohöl traditionell – wegen der beschriebenen Kapitalkonzentration – in Dollar fakturiert wird und da der Euro seit seiner Einführung gegenüber dem Dollar knapp 30 Prozent seines Wertes verloren hat, stieg in Euroland der Ölpreis zusätzlich zu dem Rohölpreisanstieg in Dollar noch um die Marge, mit welcher der Euro gegenüber dem Dollar an Wert verlor.

Die vierte Komponente, welche die Kraftstoffpreise ansteigen ließ, sind in der wachsenden Kraftstoff-Besteuerungen zu suchen: Die Mineralölsteuer und die Mehrwertsteuer stiegen proportional mit dem gestiegenen Rohölpreis. Die Ökosteuer kam seit 1999 mit den ersten zwei Stufen hinzu. Obgleich die Ökosteuer neu ist und im Zentrum der Kritik steht, ist ihr Anteil am Anstieg der Benzin- und Dieselskosten relativ gering. Konkret entfielen Anfang September 2000 bei einem Liter Benzin zum Preis von 2,04 DM auf die Mineralölsteuer 0,98 DM, auf die Mehrwertsteuer 0,28 DM, auf die Ökosteuer 0,12 DM, auf die Bevorratungsabgabe 0,01 DM, auf den Rohölpreis 0,33 DM und auf die Ölverarbeitungs- und Betriebskosten einschließlich der Gewinne der Ölkonzerne 0,32 DM. Somit entfielen auf den Staat 1,39 DM, auf die Förderländer 0,33 DM und auf die Ölkonzerne einschließlich der Tankstellen usw. 0,32 DM.

Derzeit wird vor allem die „Schuldfra-ge“ gestellt.

Doch die „Scheichs“, die Ölkonzerne oder die Ökosteuer als Sündenböcke zu denunzieren, ist der falsche Ansatz.

Wie immer in Zeiten von Krisen oder Krisenerscheinungen werden Sündenböcke gesucht. Als erstes geraten die OPEC-Länder, latent rassistisch verkürzt: „die Scheichs“ – ins Visier. Dies muss zurückgewiesen werden. Öl ist ein enorm knappes Gut; bereits aus ökologischen Gründen ist ein niedriger Rohölpreis schädlich, weil er den Weg zu Alternativen versperrt und den Verbrauch erhöht.

Dass die OPEC-Länder derzeit, angesichts des relativ knappen Angebots und bei einer relativ großen Nachfrage einiges tun, um einen möglichst hohen Verkaufspreis zu erzielen, liegt in der Natur der kapitalistischen Dinge.

Die ölverarbeitenden Konzerne für den gestiegenen Rohölpreis verantwortlich zu machen und, wie dies Kanzler Schröder und Verkehrsminister Klimmt mehrfach taten, deren Politik der Absprachen zu kritisieren, ist demagogisch. Auch die Ölkonzerne tun das, was im Kapitalismus Business as usual ist: Sie versuchen, den höchstmöglichen Marktpreis zu erzielen.

Die Ökosteuer schließlich als Sündenbock auszuwählen, ist unseriös. Von allen Verteuerungsfaktoren des Kraftstoffpreises sind die Auswirkungen dieser Steuer, wie oben aufgezeigt wurde, die geringsten. Darüber hinaus kritisierten wir nie die Ökosteuer als solche, sondern ihre Ausgestaltung. In dieser Logik müssen wir also jetzt Vorschläge machen, mit denen die Ökosteuer eine Lenkungswirkung zeigt und sozial ausgewogen ist.

Die Kilometerpauschale begünstigt hohe Einkommen und weite Pendler-Entfernungen.

Diese anzuheben ist daher der falsche Weg, um auf die neue Energiekrise zu antworten. Dies ist auch dann richtig, wenn diese Anhebung mit der Umwandlung der Kilometerpauschale in eine Entfernungspauschale verbunden wird. Die jüngsten Beschlüsse der SPD-Grünen-Regierung weisen damit in eine Richtung, die kontraproduktiv für einen sozialen und ökologischen Umbau der Gesellschaft ist.

Bereits die bisher gültige Kilometerpauschale von 0,70 DM liegt auf einem hohen Niveau. Vor dem Anstieg der Energiepreise wurde von vielen argumentiert, bei der Umwandlung der Kilometerpauschale in eine Entfernungspauschale sollte diese neue Pauschale von 0,70 auf 0,50 gesenkt werden. Die Kilometerpauschale hat drei Wirkungsweisen, die kontraproduktiv hinsichtlich eines ökologischen und sozialen Umbaus sind:

Erstens begünstigt sie den Pkw-Pendler-Verkehr, da die steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten für die übrigen Verkehrsarten (nichtmotorisierter Verkehr und Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel) z.T. wesentlich schlechter sind. Diese Wirkungsweise scheint heute wenig bestrit-

ten zu sein.

Zweitens begünstigt die Kilometerpauschale und jede Entfernungspauschale dann, wenn eine gewisse Höhe des Kilometersatzes überschritten wird, weite Pendler-Entfernungen. Das aber heißt: Jede Erhöhung der km- oder Entfernungspauschale ist Gift für die Umwelt und kommt der Förderung der Zersiedelung gleich.

Drittens hat die Kilometerpauschale eine erheblich unsoziale Funktion. Zum einen gilt: Da sich diese am Grenzsteuersatz orientiert, profitieren von ihr hohe und sehr hohe Einkommen. Je höher sie dabei liegt, desto mehr trifft dies zu. Zum anderen gilt: Die unteren Einkommensbezieher gehen bei einer solchen Pauschale leer aus, weil sie unter oder nahe des steuerfreien Existenzminimums liegen und eine spezifische steuerliche Absetzbarkeit nicht oder kaum in Frage kommt. Eine Entfernungspauschale verallgemeinert diese wenig soziale Wirkungsweise nur noch. Eine Anhebung auf 0,80 DM wirkt sich in der Richtung aus, dass bei hohen Einkommen das Pendeln über weite Entfernungen besonders gefördert würde.

Die mittlere Fahrweite der ÖPNV-Kunden in den städtischen Verkehrsbetrieben (zusammengeschlossen im Verband Deutscher Verkehrsunternehmen – VDV) liegt im Verbandsdurchschnitt bei 6,1 km; in den neuen Ländern etwas weniger, in den alten Ländern und in Berlin etwas mehr. Bei durchschnittlich effektiv 220 Arbeitstagen (Urlaubs- und Ausfalltage nicht berücksichtigt) ergeben sich 1342 steuerlich anrechenbare Entfernungskilometer. Bei einem Pauschbetrag von 0,70 DM bzw. von 0,80 DM je Distanzkilometer errechnen sich beispielsweise Werbekosten in Höhe von 939,40 (= 78,28 DM im Monat) bzw. von 1073,60 DM (= 89,47 DM im Monat). Die Kosten einer ÖPNV-Monatskarte liegen jedoch oftmals über diesem Betrag, teilweise über 100 DM.

Will man die verkehrs- und umweltpolitischen Ziele (des Umstiegs vom MIV auf den ÖPNV; W.W.) nicht gefährden, so darf die volle Abzugsfähigkeit der ÖPNV-Kosten bei der Umstellung auf eine Entfernungspauschale nicht entfallen. Der Kostennachweis muss als Wahlrecht neben der Pauschale erhalten bleiben.

Forderungen für eine wirksame Politik der Verkehrswende

Die Politik muss die Situation im Energiesektor als Herausforderung begreifen und so reagieren, damit eine Energiewende im allgemeinen und eine Verkehrswende im besonderen eingeleitet werden kann. Ein solcher Katalog in den folgenden Punkten zusammengefasst werden:

(1) Sofortmaßnahme Tempolimit 130 km/h auf Autobahnen – maximale Geschwindigkeit von 30 km/h in Wohngebieten

(2) Umwandlung der Kilometerpauschale in eine verkehrsmittel- und ein-

kommens-unabhängige Entfernungszulage (oder auch Kilomatergeld genannt). Wenn diese aufkommensneutral gestaltet werden soll, was hier empfohlen wird, so müsste dies Entfernungszulage bei 0,15 bis 0,25 DM je Kilometer liegen. ÖPNV-Benutzer müssen die Wahlmöglichkeit zwischen dieser neuen Entfernungszulage und der bisherigen Absetzbarkeit der nachgewiesenen ÖPNV-Kosten als Werbekosten (Monatskarte) haben.

(3) Befreiung der Schiene und der öffentlichen Verkehrsunternehmen von der Mineralölsteuer und damit auch von der Ökosteuer.

(4) Entwicklung eines umfassenden Investitionsprogramms für die Schieneninfrastruktur und die übrigen öffentlichen Verkehrsmittel.

(5) Analog zu Erhalt und Ausbau der Schienenwege müssen Mittel zum Erhalt und Ausbau der übrigen öffentlichen Verkehrsmittel – vor allem ÖPNV in den Städten – bereitgestellt werden.

(6) Die nächste Stufe der Ökosteuer ist so auszugestalten, dass diese ökologisch wirksam und sozial ausgeglichen ist. So müssen bei der Ökosteuer die Einnahmen dadurch erhöht werden, dass die vielen Ausnahmetatbestände für das produzierende Gewerbe und andere Bereiche massiv reduziert werden. Die Einnahmen aus der Ökosteuer sind sowohl für den ökologischen Umbau, als auch für die soziale Abfederung einzusetzen.

(7) Verhandlungen mit Bahn und VDV-Unternehmen über eine Ausgestaltung der Tarif-Systeme, die ein Umsteigen auf

den öffentlichen Verkehr für viele Menschen attraktiv machen.

(8) Im Güterverkehr bietet eine erhebliche Ausweitung der Überprüfung von Sicherheitsstandards und Umweltauflagen im Lkw-Verkehr eine erste Möglichkeit zur Entspannung der Lage und zur Reduzierung von unlauterer Konkurrenz.

(9) Grundsätzlich ist eine Wende in der Verkehrspolitik dergestalt erforderlich, dass nicht Jahr für Jahr das Straßennetz verlängert und das Schienennetz verkürzt wird.

(10) Die Bundesregierung ist aufgefordert, ihre bisherige Haltung in der Verkehrspolitik zu überdenken, wonach sie die gesamte Legislaturperiode lang ohne Bundesverkehrswegeplan weiterwursteln will.

gekürzt

InterRegio-Tod – letzte Etappe?

Zur Ankündigung der Deutschen Bahn AG (DB AG), das noch bestehende InterRegio-(IR)-Angebot weitgehend abzuschaffen, erklärte am 5.10. der verkehrspolitische Sprecher der PDS im Bundestag Winfried Wolf:

Die jüngste Hiobsbotschaft bezüglich des InterRegio-Tods ordnet sich ein in die Gesamtpolitik der DB AG. Die Stichworte dafür lauten: neue Stellenstreichungen 2000 bis 2003 um 70.000 Beschäftigte; Reduktion des ICE-Netzes auf acht oder neun „Knoten“; (Teil-)Abhängen von Städten wie Mannheim; Überlegungen, die Speisewagen komplett abzuschaffen usw. und so fort.

Aktuell sollen mit der Streichung von 16 Millionen Zugkilometern von Mai 2001 an rund neun Prozent des Bahnangebots „auf der Strecke bleiben“. Weitere Angebotskürzungen sind bereits „eingetütet“: Ab 2003 sollen nochmals 23 Millionen Zugkilometer entfallen. Würde all dies realisiert, wäre das Angebot im Zugverkehr in der Bundesrepublik Deutschland um rund ein Viertel reduziert. – Dies beides ergäbe den massivsten Einschnitt, den es binnen weniger Jahre im Verkehr auf deutschen Schienen je gab.

90 Prozent der Fahrgäste nutzen die Bahn im Nahbereich (bis 50 Kilometer) und nur 10 Prozent im Fernverkehr (über 50 Kilometer). Wird statt der Fahrgästeszahl die Zahl der im Schienenverkehr gefahrenen Kilometer („Personenkilometer“) gewählt, dann liegen rund 50 Prozent der zurückgelegten Personenkilometer im Nah- und die andere Hälfte im Fernverkehr. Mindestens 50 Prozent der Bahninvestitionen müssten deshalb in den Nahverkehr fließen.

Wird ALLEIN der Fernverkehr betrachtet, dann liegt die durchschnittliche Reiseweise dort bei 220 Kilometern. Etwa 95 Prozent der Fahrgäste (mit ca. 70 Prozent der zurückgelegten Perso-

nenkilometer) sind weniger als 300 Kilometer unterwegs. „Supergeschwindigkeiten“ bringen hier weit weniger als Pünktlichkeit, Komfort oder Preis.

Defizite: Sechs Mark beim Regional-Express – vier Mark beim InterRegio!

Abgesehen davon, dass die Bahn sich nicht in ihre Kalkulation blicken lässt, dürften allein die 16 Prozent Mehrwertsteuer, die die Bahn von den Fahrgästen – im Gegensatz zu Bahnen im Ausland – verlangen muss, deutlich höher liegen als das „Defizit“ der InterRegio-Züge.

Noch krasser: Bahnchef Mehdorn will einen großen Teil des bisherigen InterRegio-Verkehrs auf RegionalExpress-Züge verlagern. Tatsächlich kostet nach offiziellen Bahnangaben ein Regional-Express je Kilometer 22 Mark, während er 16 DM je Kilometer bringt. Das rechnerische, vom Bund mit den Regionalisierungsgeldern ausgeglichene Defizit liegt also bei sechs D-Mark je gefahrenen Kilometer. Der InterRegio-Verkehr kostet dagegen 26 Mark je Kilometer und bringt 22 Mark je Kilometer. Hier also liegt das Defizit bei „nur“ bei vier D-Mark je Kilometer – also deutlich unter dem des RegionalExpress-Verkehrs.

Zerstörung des Produkts InterRegio

Der InterRegio wurde 1988 gestartet, sollte den veralteten D-Zug ersetzen und ähnlich wie der InterCity Takt, Tempo und Komfort bieten. 1995 galt der Ausbau des InterRegio-Netzes als abgeschlossen. Damals fuhren 424 Züge auf 24 Linien. Die Fahrgastzahl lag mit 62 Millionen Reisenden über der von InterCity und EuroCity (49 Millionen) oder ICE (23 Mio.); bis 1994 lag der InterRegio-Umsatz sogar gleichauf mit demjenigen, der im ICE-Verkehr erzielt wurde. Entsprechend hieß es im Geschäftsbericht 1995 euphorisch: „Der InterRegio bietet ein nahezu flächendeckendes, attraktives Schienenangebot“.

Im Jahr darauf allerdings, Anfang 1996, beschloss der Vorstand der DB AG, „innerhalb der nächsten fünf Jahre den

InterRegio abzuschaffen“. So stand es im „Lok-Report“ (10/1996) und so thematisierte ich dies als Abgeordneter im Bundestag (Drucksache 13/5683). Doch allerorten hieß es: Das ist Unsinn; solch einen Beschluss gab es nie.

Und doch wurde seither – gewissermaßen „Zug um Zug“ – das InterRegio-Angebot systematisch verschlechtert, z.B. durch faktische Einstellung jeder Werbung für diese Züge, durch Komfortverschlechterungen, Fahrplanausdünnung oder Beseitigung der Bistro-Abteile.

„Vergesellschaftung von Verlusten“

Die durchschnittliche Reiseweite der InterRegio-Reisenden von rund 160 Kilometern kennzeichnet diese Zuggattung als Fernreiseprodukt. Laut Grundgesetz Artikel 87e Absatz 4 hat der Bund die Fernverkehrsangebote im Schienenverkehr zu gewährleisten. Nunmehr aber beschließt das Management der DB AG die faktische Einstellung des InterRegios, und sie bietet den Bundesländern an, dessen Verkehrsaufgaben mehr oder weniger zu übernehmen. Dies aber hieße: Erstens wird der Nah- und Regionalverkehr von den Ländern bezahlt. Diese bekommen dafür vom Bund fest bemessene Regionalisierungsmittel. Wenn die Deutsche Bahn AG Fernverkehr an die Länder „delegiert“, dann gibt sie bisher weitgehend selbst finanzierten Verkehr an den subventionierten Sektor ab, erhöht also den Druck zur Erhöhung von Subventionen für den laufenden Betrieb, um sich selbst profitabler präsentieren zu können. Zweitens ist die Höhe der Regionalisierungsgelder für Zugbestellungen der Länder festgelegt. Damit werden RegionalExpress-, RegionalBahn- und StadtExpress-Züge bezahlt. Jede Bezahlung von InterRegio-Zügen liefe darauf hinaus, Nahverkehrszüge zu „kippen“.

Service: Eine nach Bundesländern geordnete Liste der InterRegio-Züge, die im Sommer 2001 entfallen sollen, kann per E-mail angefordert werden: winfried.wolf@bundestag.de

14./15. Oktober, Cottbus: 7. Parteitag der PDS, 1. Tagung, Vorläufige Tagesordnungspunkte u.a.: Generaldebatte zur Rede des Vorsitzenden der PDS und zu den Leitanträgen des Parteivorstandes: „Für einen Politikwechsel in Ost und West. Für eine Wende hin zur sozialen Gerechtigkeit“ und: „Grundsätze und Ziele der PDS für die Wahlen bis 2002“; Beschlussfassung, Wahlen Parteivorstand.

14. Oktober: Mobilisierungen anlässlich des EU-Gipfels in Biarritz; Abschlussdemonstration des Frauenmarsches 2000 in Brüssel

27.-29. Oktober, Loccum: Gewalt und Zivilisation: Loccumer Initiative, Evangelische Akademie Loccum, Arbeitstagung der Loccumer Initiative Kritischer WissenschaftlerInnen, u.a. mit Peter v. Oertzen, Michael Krätke, Ekkehart Krippendorff, Thomas und Erika v. d. Vring, Rolf Pohl, Wolfgang Link, Ursula Müller, Heiko Geiling, Michael Buckmiller u.a., Anmeldung: Gregor Kritidis, Davenstedter Str. 23, 30449 Hannover, Tel. 0511/2133062, e-mail: loccumer.initiative@gmx.de

28. Oktober, Frankfurt: Bundes-Mitgliederversammlung von „Mehr Demokratie“, 12.30-18.30 Uhr, Ökohaus Frankfurt, Kasseler Str. 1a. Kontakt: Bundesbüro Mehr Demokratie, Fritz-Berne-Str. 1, 81241 München, Tel.: 089/8211774, Fax: 089/8211176. E-Mail: bundesbuero@mehr-demokratie.de Internet: <http://www.mehr-demokratie.de>

5. November, Ludwigshafen: Ernst-Bloch-Preis an Eric Hobsbawm. Preisverleihung an den in New York lebenden Historiker Eric Hobsbawm. Informationen: Ernst-Bloch-Zentrum, Tel. 0621/5042041, Fax: 5042450, e-mail: klaus.kufeld@ludwigshafen.de

7. November: US-Präsidentenwahlen, Neuwahl des Repräsentantenhauses und ein Drittel des Senats sowie zahlreicher Gouverneure

10.-12. November, Wien: Charta 2000/Raisons d'agir: Europäisches Treffen, Diskussionsforen und Kulturveranstaltungen auf dem Weg zu den von Pierre Bourdieu/Raisons d'agir in der „Charta 2000“ aufgerufenen „Generalständen der sozialen Bewegung in Europa“ und zur Vorbereitung des Athener Treffens im Frühjahr 2001. Burgtheater u.a. Veranstaltungsorte

17.-18. November, Kassel, Gesamthochschule: Moderner Kapitalismus – alte Gewerkschaft? 7. Gewerkschaftspolitische Konferenz der PDS. Mit Elmar Altvater, Andreas Bachmann, Micha Heilmann, Margret Mönig-Raane, Franz-Josef Möllenberg, Klaus Pickshaus, Helmut Schauer, Hans-Jürgen Urban, Ewald Wehner und vielen anderen. Anmeldung: PDS-Regionalbüro Kassel, Sickingenstr. 10, 34117 Kassel. Tel. & Fax: 0561/920 15 03, e-mail: regionalbuero@pds-nordhessen.de.

25. November, Fulda: Politische Ökonomie heute, 4. Kurstag. Beginn 10.30 Uhr, DGB-Jugendbildungsstätte Fulda, Magdeburger Str. 69 (s. PB 6, S. 18f.)

1. Dezember: EU-Gipfel in Frankreich, voraussichtliche Punkte: Abschluss der Regierungskonferenz 2000, Feierliche Verabschiedung einer Europäischen Charta der Grundrechte, Förmlicher Beschluss der Integration der WEU in die EU

2. Dezember, Berlin: Osteuropa-Korrespondententreffen der Arbeitsgemeinschaft Politische Berichte. Einladung, Ort und Zeit in der nächsten Ausgabe der Politischen Berichte.

2.-3. Dezember, Paris: Europäische Versammlung der Erwerbslosen und ungeschützt Beschäftigten (Evt. anschließend: gemeinsame Initiative mit den UnterstützterInnen des Aufrufs Bourdieu, der französischen Liga für Menschenrechte u.a. zu den sozialen Grundrechten. Großes Rockkonzert)

7. Dezember, Nizza: Großdemonstration der Europäischen Märsche, der Gewerkschaften und sozialen Bewegungen anlässlich des EU-Gipfels

4. bis 8. Januar, Sondershausen: Linke Winterschule 2000/2001. Bitte schon einmal vormerken. Themen der drei Kurse in der nächsten Ausgabe der PB

18. März 2001: Kommunalwahlen in Hessen

25. März: Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz

Moderner Kapitalismus – alte Gewerkschaften? 7. Gewerkschaftspolitische Konferenz der PDS

Freitag, 17. November 2000

18.00 Uhr Eröffnung
18.45 Uhr Bruch, Krise oder neue Prosperität?
Das neue Gesicht des alten Kapitalismus
Elmar Altvater, Hochschullehrer
21.30 Uhr Links trifft sich – Kulturzentrum Arkadas

Samstag, 18. November 2000

9.00 Uhr Das Schweigen der Dinosaurier – Wie überlebensfähig ist die Gewerkschaftsbewegung?
Margret Mönig-Raane, Vorsitzende der HBV
11.00 Uhr Foren

→ Gewerkschaften in der Globalisierungsfalle?

Franz-Josef Möllenberg, Vorsitzender der NGG • Helmut Schauer, IG Metall Vorstand • Hildegard Maaß, DGB Kreisvorsitzende Fulda • Ulla Lötzer, MdB PDS, HBV Moderation: Sabine Leidig, DGB-Kreisvorsitzende Karlsruhe, und Jochen Dürr, MAV, ÖTV

→ Interessenvertretung unter Anpassungszwang

Ewald Wehner, ehemaliges Geschäftsführendes Vorstandsmitglied DPG • Micha Heilmann, Referatsleiter Arbeitsrecht, NGG Hauptverwaltung • Mag Wompel, Labour Net • Heidi Pomeranke, Gewerkschaftssekretärin ÖTV • Moderation: Sabine Wils, Personalratsvorsitzende ÖTV, und Gerald Kemski, Sprecher der AG Betrieb & Gewerkschaft der PDS, VL-Sprecher ÖTV

→ Arbeiten ohne Ende – hat der Normalarbeitstag noch eine Chance?

Klaus Pickshaus, IG Metall, Vorstand • Edeltraut Rogée, HBV Landesvorsitzende Sachsen-Anhalt • Steffen Lehnendorff, Institut für Arbeit und Technik – angefragt • Heidi Knake-Werner, MdB stellvertretende Fraktionsvorsitzende PDS, ÖTV
Moderation: Monika Schlüter, HBV-Gewerkschaftsausschuss, und Achim Meyer-Heithuis, Gewerkschaftssekretär, NGG-Landesbezirk

→ Von der Sozialpartnerschaft zum Wettbewerbskorporatismus

Andreas Bachmann, Redaktion Express, HBV • Hans-Jürgen Urban, IG Metall Vorstand (angefragt) • Harald Werner, Gewerkschaftspolitischer Sprecher der PDS, IG Medien • Olivier Höbel, Gewerkschaftssekretär IGM • Moderation: Sigrid Melanchthon, Betriebsrätin, IGM, und Martin Lesch, Gewerkschaftssekretär HBV

13.00 Uhr Mittagspause
14.00 Uhr Fortsetzung der Foren
16.00 Uhr Kaffee-Pause
16.30 Uhr Berichte aus den Foren, Abschlussdiskussion

Anmeldung:

PDS-Regionalbüro Kassel, Sickingenstr. 10, 34117 Kassel. Tel. & Fax: 0561/920 15 03, e-mail: regionalbuero@pds-nordhessen.de

